Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Plumbohm, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten viertelj. 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Reklameteil Zeile 1.05 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 233. Magdeburg, Freitag den 5. Oktober 1917. 28. Jahrgang.

Ist es richtig ...?

Der Reichstag wird sich heute mit der von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation über die Unterstützung der alldeutschen Agitation durch amtliche Organe beschäftigen. Diese Agitation wird von den verschiedensten Behörden mit ungeheurem Eifer gefördert und begünstigt, und zwar besonders seit dem Tage, wo sich die „alldeutsch" denkenden Elemente zu der neuen „Deutschen Vaterlandspartei" zusammengeschlossen haben. Ganz offen wird von amtlichen Personen, mit Anwendung aller ihnen zu Gebote stehenden Beeinflussungsmittel, für diese Partei geworben, wird den abhängigen Beamten und andern von der Behörde abhängigen Personen der Eintritt in die Partei der Herren von Tirpitz und Kapp „nahegelegt". Teils offen und teils versteckt wird zum Kampfe gegen die Reichstagsmehrheit aufgefordert. Es ist ein Skandal, sagt das „Berl. Tagebl.", daß in dieser Weise gegenüber Personen, die auf die Gunst ihrer Vorgesetzten angewiesen sind, ein Gewissenszwang zugunsten einer Partei ausgeübt wird. Es ist ein nicht geringerer Skandal, daß man, mit Ausnutzung amtlicher Autorität, mitten im Kriege das Volk gegen den Reichstag aufzuhetzen versucht. Als Stichproben stellt das genannte Blatt einiges aus seinem Material zusammen. Der Reichstag wird heute Gelegenheit haben, die Regierung zu fragen, ob diese Angaben richtig und zutreffend sind. . . .

Ist es richtig, daß Herr

Stadtdirektor Tramm in Hannover

seine Amtseigenschaft benutzt, um für die Deutsche Vaterlandspartei, zu deren Häuptern er gehört, Propaganda zu machen? Ist es richtig, daß er der Partei als Geschäftsstelle das Zimmer 148 des — von Gemeindemitteln unterhaltenen Rathauses eingeräumt hat, daß der Magistrat kürzlich eine nur „alldeutsch" zu nennende Postkarte an die Schuldirektionen zur Verteilung sandte, und daß in den Amtsstellen der städtischen Sparkasse der Aufruf des Landesvereins der Vaterlandspartei die Wände ziert? Ist es richtig, daß im Rathaus zu Königsberg, wo der angeblich „liberale" Herr Körte regiert, die Beamten während der Dienststunden ersucht wurden, sich der „Deutschen Vaterlandspartei" anzuschließen?

Ist es richtig, daß die

königliche Eisenbahndirektion in Breslau

vor einigen Tagen auf dem Dienstweg ihren Beamten ein Schreiben hat zugehen lassen, in welchem sie aufgefordert werden, ihre Namen unter einen beigefügten „Schlesischen Aufruf gegen die Reichstagsmehrheit" zu setzen? Ist es richtig, daß das Begleitschreiben, das diese Aufforderung enthält, folgendermaßen lautet:

Breslau, den 24. September 1917.

Der vorstehende Aufruf wird mit Zustimmung des Herrn Präsidenten der Königlichen Eisenbahndirektion bei den höheren Beamten und den Beamten der Königlichen Eisenbahndirektion und der Aemter in Breslau mit dem Anheimgeben in Umlauf gesetzt, sich ihm, soweit das nicht etwa schon geschehen, anschließen und zutreffendenfalls ihren Namen in die beigegebene Namenliste eintragen zu wollen. Die ausgefüllten Namenbogen ersuche ich, mir bis 1. Oktober d. J. wieder zugehen zu lassen.

gez. Wagner, Ober- und Geheimer Baurat.

An die Direktionsbureaus und sämtliche Aemter in Breslau.

Ist es richtig, daß in Eydtkuhnen der

Amts- und Gemeindevorsteher

Krüger in einem von ihm allein unterzeichneten Aufruf Mitglieder für die Deutsche Vaterlandspartei geworben hat? Ist es richtig, daß es in diesem Aufruf heißt: „An alle Bürger des Ortes ohne Unterschied des Standes und der Parteistellung richte ich daher die Bitte, sich der Deutschen Vaterlandspartei anzuschließen. Um jedem Gelegenheit zu geben, der Deutschen Vaterlandspartei beizutreten, werden in den nächsten Tagen Boten mit Eintragslisten, die zur Empfangnahme der Jahresbeiträge berechtigt sind, von Haus zu Haus gehen." . . .? Ist es richtig, daß dieser Aufruf die Unterschrift trägt: „Eydtkuhnen, den 21. September 1917. Der Amts- und Gemeindevorsteher Krüger."?

Ist es richtig, daß in Pr.-Holland ein Aufruf, auf grünem Papier, verbreitet wurde, in dem der Landrat zur Teilnahme an einer Versammlung aufforderte? Ist es richtig, daß dieser Aufruf, vom 18. September 1917 datiert, links oben in der Ecke den Amtsvermerk trägt:

Der Landrat
G. Nr. 608/9

und daß es in dem Aufruf, nach einleitenden Bemerkungen, heißt: „In diesem Sinne fasse ich auch die Arbeit der jüngst gegründeten Vaterlandspartei auf. Auch über ihr Ziel und ihre Arbeit werden wir bei dieser Gelegenheit sprechen. Ich weiß alle führenden Kräfte im Kreise schon an diesem schweren Werke vereint."? Ist es richtig, daß dieser Aufruf „mit deutschem Gruß für Heim und Hof" unterzeichnet ist: „Der Landrat. J. V. Robert Tornow."?

Ist es richtig, daß im „Schneidemühler Tageblatt" am 28. September der Oberbürgermeister von Schneidemühl, Dr. Kranse, zu einer „Hindenburg-Feier" der „Deutschen Vaterlandspartei" auffordert? Ist es richtig, daß es in diesem Aufruf heißt: „Es gilt um Deutschlands Rettung, Ehre und Zukunft! Auf dem Festplatz in der ehemaligen Goldankaufsstelle werden Beitrittserklärungen gegen Hinterlegung des Jahresbeitrags von 1 Mark entgegengenommen" —? Ist es richtig, daß der Herr Oberbürgermeister von Schneidemühl zwar für die „Deutsche Vaterlandspartei", aber nicht für die deutsche Sprache ein genügendes Empfinden hat, da man nicht sagen kann: „Es gilt um Deutschlands Rettung."?

Ist es richtig, daß am Freitag den 21. September die

Beamten des Ingenieurkomitees

befragt wurden, ob sie an der Versammlung der „Deutschen Vaterlandspartei" in der „Philharmonie" teilnehmen wollten? Ist es richtig, daß das Präsidium des Komitees die Frage durch die einzelnen Abteilungsvorsteher an die Abteilungen weiterleiten ließ, und daß den Beamten, welche die Frage bejaht hatten, dann die Eintrittskarten persönlich übergeben wurden? Ist es richtig, daß in zahlreichen Schulen, so z. B. im Viktoria-Gymnasium in Potsdam — und auch in Berliner Gymnasien — die Direktoren ähnliche Aufforderungen an die Lehrerschaft richteten?

Ist es richtig, daß in Städten und Ortschaften Ostpreußens, z. B. in Marggrabowa, die

Geistlichen in der Kirche

von der Kanzel herab die Andächtigen ermahnen, der „Deutschen Vaterlandspartei" beizutreten? Ist es richtig, daß im „Kreisanzeiger" von Iserlohn ein Aufruf erschienen ist, der folgendermaßen lautet —:

Wir im Landkreis Iserlohn, mögen wir nun Arbeiter, Angestellte, Kaufleute oder Landarbeiter sein, werden — das wissen wir alle —, unbekümmert um die Parteizänkereien und die uns im Ausland bloßstellende Friedensentschließung des Reichstags, unsre Brüder beim Heer und bei der Flotte, die Männer vom Stollen, Flugzeug und Tauchboot, auch künftig nicht undankbar im Stiche lassen, sondern nach Kräften dazu beitragen, ihnen, deren Beiträge Blut, gerade Knochen, Gesundheit und Leben sind, das Rüstzeug zum ferneren siegreichen Kampfe zu verschaffen. Daran möchte ich angesichts der 7. Kriegsanleihe die Kreiseingesessenen hiermit erinnern.

Iserlohn, im September 1917.

Der königliche Landrat.
Rauck, Geheimer Regierungsrat.

Man wird hoffentlich nicht, auf all diese und auf die sonst noch auftauchenden Frage, die Antwort hören, die „Deutsche Vaterlandspartei" sei keine eigentliche Partei, sie wolle sich nach dem Kriege wieder auflösen, sie habe sogar „Liberale" — die Herren Körte, Traub, Dirichlet und Genossen — in ihren Reihen. Erwachsene Menschen kann man nicht mit solchen Kindergeschichten abspeisen. Die „Deutsche Vaterlandspartei" ist, wie ihr Name besagt, eine Partei, und sie hat sich das Ziel gestellt, die Politik, die von der Reichstagsmehrheit vertreten wird, in möglichst weiten Volkskreisen zu diskreditieren. In seiner Note an den Papst erklärt der Reichskanzler, daß die Regierung „im Einklang" mit der Reichstagsmehrheit handle, und somit richtet sich die Agitation der „Deutschen Vaterlandspartei" auch gegen die Regierungspolitik. Wie ist es möglich, daß trotzdem die amtliche Begünstigung dieser Agitation im ganzen Lande geduldet wird? Ist es richtig, daß am 7. März 1917 Dr. Michaelis, damals preußischer Ernährungskommissar, in seiner großen Rede im Abgeordnetenhaus erklärte: „Ich wollte wissen, wer mir in den Arm fallen will . . ."? —

Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

Wir geben heute einen Auszug aus dem Referat von Heinrich Cunow, das dem Würzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erstattet wird:

Das kapitalistische Wirtschaftsgetriebe hat im Weltkrieg eine vollständige Umschaltung erfahren. Die Zufuhr einer Reihe der wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel hörte schon bald nach Kriegsbeginn auf, während zugleich die Ausfuhr deutscher Fabrikate nach dem Ausland eine starke Einschränkung erlitt. Diese Unterbrechung der Handelsverbindungen traf Deutschland um so schwerer, als es sich in den vier Jahrzehnten seit dem Deutsch-Französischen Kriege zu einem der ersten Industriestaaten der Welt entwickelt hatte und in dem Jahrfünft vor dem Kriege durchschnittlich jährlich für 4627 Millionen Mark reine Rohstoffe, ohne Halbfabrikate, und für 2982 Millionen Mark Nahrungs- und Genußmittel, ohne lebendes Vieh, aus dem Ausland bezogen hatte, dem eine Ausfuhr von ungefähr 5450 Millionen Mark fertiger Waren gegenüberstand. Zudem wurde der Produktion der verschiedenen Gewerbezweige und der Landwirtschaft plötzlich ein großer Teil der Arbeitskräfte entzogen und ferner der Warenversand infolge der Inanspruchnahme der Eisenbahnen und sonstigen Transportmittel durch die Heeresverwaltung immer wieder gestört.

Die nächste Folge des Krieges konnte unter diesen Umständen nur eine

schwere Erschütterung des ganzen Wirtschaftslebens

sein; doch gelang es der Industrie, sich nach und nach den neuen Produktions- und Absatzbedingungen anzupassen, indem sie sich auf den veränderten Bedarf des Inlandsmarktes und die rasch steigenden Anforderungen der Heeresverwaltung einrichtete und die knapp werdenden Roh- und Halbstoffe, soweit möglich, durch Ersatzstoffe ergänzte; eine Anpassung, die vielfach die völlige Umänderung der Betriebs- und Arbeitsweise sowie der technischen Einrichtungen erforderte. Zugleich sah die Staatsverwaltung, gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, sich genötigt, in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte einzugreifen und Anleihen beim sozialistischen Organisationsprinzip zu machen: den Lebensmittel- und Rohstoffverbrauch zu rationieren sowie Reglementierungen der Warenerzeugung und des Warenhandels vorzunehmen.

Die heutige Wirtschaft ist demnach eine auf den Kriegsbedarf eingestellte anormale Wirtschaft: eine Anpassung an den Kriegszustand. Daraus ergibt sich, daß nach dem Krieg eine erneute Umschaltung nötig ist: die Rückkehr zur Friedenswirtschaft. Diese Wiederumschaltung kann nicht der privaten Initiative überlassen bleiben; denn Antrieb und Regulator der Privatwirtschaft ist der Profit, nicht der Nutzen der Gesamtwirtschaft und der großen Volksmasse. Gerade im Interesse der schwächeren und ärmeren Volksschichten liegt es, daß dem Uebergang zur Friedenswirtschaft der Weg geebnet wird, das heißt der Uebergang planmäßig ohne tiefere Erschütterung des ganzen Erwerbslebens erfolgt.

Uebergangswirtschaft.

Unter den verschiedenen Einzelproblemen der Kriegswirtschaft ist vielleicht das wichtigste, die genügende Beschaffung von Rohstoffen, denn infolge des langen Krieges ist der Rohstoffvorrat Deutschlands sehr zusammengeschmolzen. Ohne Rohstoffe kann aber die deutsche Industrie ihren früheren Betrieb nicht wieder aufnehmen und weder den Inlandsmarkt versorgen, noch die während des Krieges verlorengegangenen Absatzmärkte wiedergewinnen. Die Heranschaffung der Rohstoffe ist jedoch um so schwieriger, als sich auf dem ausländischen Rohstoffmarkt während der Kriegsjahre mannigfache Verschiebungen vollzogen haben. Es haben sich keineswegs, wie oft angenommen wird, auf den großen Stapelplätzen bedeutende Rohstoffmengen angehäuft, und soweit solche Vorräte vorhanden sind, befinden sie sich meist in Feindeshänden. Vornehmlich hat England einen großen Teil

der wichtigsten Rohstoffvorräte in seinen Kolonien aufgekauft und aufstapeln lassen. Demnach ist nach Friedensschluß mit einer großen Nachfrage auf dem Rohstoffmarkt, mit Preistreibereien und Spekulationen sogenannter Händlerringe zu rechnen, denen nur durch organisierten Einkauf begegnet werden kann.

Aehnlich steht es mit der Lebensmitteleinfuhr nach dem Krieg. Auch im neutralen Ausland hat der Weltkrieg die Preise vieler Lebensmittel stark in die Höhe getrieben; eine Massenausfuhr aus den neutralen Staaten würde daher, falls die nicht von den betreffenden Regierungen verboten würde, weitere Preissteigerungen, und soweit Deutschland in Betracht kommt, eine weitere Entwertung der Währung, also eine noch größere Verminderung der Kaufkraft unsers Geldes, nach sich ziehen.

Zugleich gilt es, den jetzigen

Tiefstand der deutschen Valuta

durch Förderung der Ausfuhr solcher Artikel, die auf den Auslandsmärkten nach dem Kriege sehr begehrt sein werden und die Deutschland im Ueberfluß zu erzeugen vermag, möglichst bald zu beseitigen. Finanztechnische Maßnahmen allein genügen nicht. Zwar wird sich, sobald Deutschland nach dem Kriege wieder auf breiterer Basis mit dem Ausland in Handelsbeziehungen treten kann und sein Wechselkurs nicht mehr bloß an einigen nebensächlichen Devisen, sondern wieder an den Weltdevisen gemessen wird, vielleicht eine allmähliche Gesundung einstellen; aber ihr kann und muß durch eine geschickte Regulierung der Zahlungsbilanz nachgeholfen werden.

Eine der ersten Vorbedingungen für solche Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftskörpers ist die ausreichende Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte. Die starke Nachfrage nach Waren aller Art, die nach dem Krieg einsetzen wird, erfordert auch einen größeren Schiffsraum. Tatsächlich wird aber nach dem Kriege die Welthandelsflotte viel weniger leistungsfähiger sein als vorher. Besonders gilt das von der deutschen Handelsmarine, die im Kriege über zwei Millionen Bruttotonnen verloren hat, während über 1 Million Tonnen in fremden Häfen Unterschlupf gefunden haben, die meist erst nach gründlichen Reparaturen wieder in die Fahrt eingestellt werden können.

An Arbeitskräften für den wirtschaftlichen Wiederaufbau wird es, sobald die zur Fahne Einberufenen wieder in die Heimat zurückkehren, nicht fehlen. Mehr eher ist, da sich zunächst die Industrie erst wieder den veränderten Produktionsbedingungen anpassen muß und es vorerst noch an Rohstoffen fehlen wird, eine

Ueberfüllung des Arbeitsmarktes,

Lohndrückerei und in manchen jetzt brachliegenden Industrie- und Handelszweigen eine starke Arbeitslosigkeit zu befürchten — ein Zustand, der um so trauriger für die Arbeiterschaft sein würde, als voraussichtlich ohnehin die Löhne schneller fallen werden als die Preise mancher notwendigen Lebensmittel. Daher muß auch die Unterbringung der Arbeiter in passenden Arbeitsstellen planmäßig durchgeführt werden.

Aus dieser Notwendigkeit einer allmählichen, organisierten Ueberleitung der jetzigen Kriegswirtschaft in die zukünftige Friedenswirtschaft ergeben sich für die sozialdemokratische Arbeiterschaft folgende, in meinem Vortragsreferat näher erläuterte und begründete

Forderungen:

1. Planmäßiger Einkauf, Einfuhr und Verteilung der fremden Rohstoffe durch sachkundige Rohstoffeinkaufs- und Vertriebsgesellschaften unter staatlicher Aufsicht. Festsetzung von Einfuhrhöchstpreisen und Regelung der Verteilung bis auf die den betreffenden Rohstoff verarbeitenden Fabriken.

2. Ebenso muß die Einfuhr der Nahrungsmittel, der Futtermittel und der fremden Fabrikate geregelt und unter staatlicher Aufsicht stehenden kaufmännischen Einkaufs- und Betriebsorganisationen übertragen werden. Die Rationierung der wichtigsten Lebensmittel muß vorläufig unter Festsetzung von Höchstpreisen bestehen bleiben. Die Einfuhr von Delikatessen und entbehrlichen teuern Genußmitteln sowie von industriellen Luxusartikeln ist weiterhin aufs äußerste zu beschränken.

3. Zur Hebung der deutschen Valuta ist nach dem Kriege die Ausfuhr von deutschen Fabrikaten möglichst zu steigern. Außerdem müssen die deutschen Guthaben im Ausland flüssig gemacht, in deutschen Händen befindliche fremde Wertpapiere nach dem Ausland abgestoßen und, soweit das zu einigermaßen guten Bedingungen möglich sein sollte, kurzfristige Anleihen an den fremden Hauptbankplätzen aufgenommen werden.

4. Zur Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte sind unter bestimmten Bedingungen, die dem Staat eine Mitverfügung über Schiffsraum, Ladung und Fahrtrichtung sichern und dem wirtschaftlichen Volksinteresse genügende Garantien bieten, den Reedereien aus Reichsmitteln Entschädigungen zu zahlen und Schiffsbauerlehen vorzustrecken.

Am besten wäre die Vereinigung aller großen Schiffahrtsunternehmungen zu einem unter Staatsaufsicht stehenden Syndikat, da die Regierung in diesem Falle nicht nur übertriebenen Frachtfestsetzungen hemmend entgegenzuwirken, sondern auch eine gewisse Gewinnbeteiligung des Staates durchzuführen vermöchte.

5. Die zur Fahne einberufenen Arbeiter und Angestellten dürfen nach Friedensschluß nicht nach rein militärischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Lage des Industrie- und Arbeitsmarktes entlassen werden. Durch örtliche und provinziale, unter Leitung staatlicher Arbeitszentralen stehende Wirtschafts- oder Arbeitsämter, zu denen sowohl Vertreter der Unternehmer- als der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden, ist festzustellen, welche und wie viele Arbeitskräfte in den einzelnen industriellen Bezirken gebraucht werden. Diese Aemter haben auch die Arbeitsvermittlung zu übernehmen und sich mit den Militärbehörden über die Entlassungen zu verständigen. Die Arbeiter, die in Privatbetrieben kein Unterkommen finden, sind vorläufig mit ihrem Arbeitsvermögen angemessenen Staats- und Gemeindearbeiten zu beschäftigen.

6. Die deutsche Arbeiterschaft fordert sowohl im Beirat des Reichskommissarius für Uebergangswirtschaft als auch in den staatlichen Leitungs- und Aufsichtszentralen eine entsprechende Vertretung, und zwar nicht nur insoweit, als reine Arbeiterfragen in Betracht kommen, sondern was die ganze organisatorische Wiederumschaltung des Wirtschaftsgetriebes anbelangt.

Ferner darf die Durchführung der Uebergangswirtschaft nach dem Aufhören der am 4. August 1914 dem Bundesrat erteilten Kriegsvollmachten nicht dem Gutdünken des Bundesrats und der Militärdiktatur überlassen bleiben; es müssen vielmehr für sie gesetzliche Unterlagen geschaffen, d. h. gesetzlich bestimmte Einrichtungen getroffen und für diese Verhaltungsvorschriften festgelegt werden.

Monopol-, Handels- und Zollfragen.

Ist auch die planmäßige Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zunächst das dringendste Problem unsrer Wirtschaftspolitik, so ergeben sich doch schon für die nächste Zeit aus der veränderten Wirtschaftslage noch verschiedene andre schwierige Aufgaben; denn während einerseits viele Industriezweige während des Krieges eine bedeutende technische Umwälzung erfahren und eine Schulung in der modernen Massenfabrikation durchgemacht haben, haben anderseits die Konzentrations- und Kartellierungsbestrebungen neue Anstöße erhalten. Und mächtiger noch als in der Industrie wird sich voraussichtlich die Konzentrations- und Monopolisierungstendenz im deutschen Bankgewerbe erweisen, sobald nach dem Kriege das Deutsche Reich wie die Einzelstaaten und Gemeinden sich zur Aufnahme größerer Anleihen gezwungen sehen werden und zugleich Industrie, Handel und Transportgewerbe zum Zwecke des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihre Ansprüche an das Bankgewerbe stellen.

Zudem erfährt der Außenhandel eine starke Umgestaltung. Durch den Weltkrieg hat Deutschland eine ganze Reihe seiner fremden Absatzmärkte verloren. Sie zurückzugewinnen, wird vielfach sehr schwer halten, da inzwischen die ausländische Konkurrenz sich dort festgesetzt hat. Ueberdies kann es heute bereits als ziemlich sicher gelten, daß mit dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird, vielleicht auch nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Frankreich, mögen auch in die Friedensvereinbarungen allerlei schöne Handelszusicherungen Aufnahme finden. In England ist die seit Jahrzehnten geplante „Imperial Federation", die Vereinigung des englischen Mutterlandes mit seinen selbständigen Kolonien zu einer Art Reichswirtschafts- und Zollverband im Werden begriffen und wird höchstwahrscheinlich bald nach Friedensschluß zustande kommen.

Aus dieser Wirtschaftsumwälzung ergeben sich verschiedene

weitere Forderungen

für die deutsche Sozialdemokratie, von denen hier als die wichtigsten zu nennen sind:

1. Ueberführung der privaten Industriemonopole in Staatsmonopole, vornehmlich des gesamten Bergbaues, der Roheisen- und Rohstahlproduktion sowie der Rüstungsindustrie.

2. Erweiterung der Staatsaufsicht über die Banken. Errichtung von staatlichen Bankkommissariaten. Weiterer Ausbau der Reichsbank und Vermehrung ihres Einflusses auf das private Bankgetriebe.

3. Abschließung von Handels- und Zollverträgen mit Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, in denen die vier Verbündeten sich gegenseitig besondere Handels- und Zollvorteile zusichern.

4. Abschluß günstiger Handelsverträge mit Rußland und Rumänien beim Friedensschluß, die diese beiden Mächte dem mitteleuropäischen Wirtschaftskomplex angliedern.

5. Als Vorbedingung für die Herstellung solcher Handelsbeziehungen eine Aenderung der bisherigen deutschen Zollpolitik, welche die Absperrung des deutschen Inlandsmarktes durch hohe Lebensmittelzölle beseitigt, zumal ohnehin der Preisstand vieler Bodenerzeugnisse sich noch Jahre hindurch auf einer außergewöhnlichen Höhe halten wird.

*

An Aufgaben, Arbeit und Kampf wird es demnach in der kommenden neuen Wirtschaftsära nicht fehlen. Aber ohne Kampf kein Fortschritt. Die deutsche Sozialdemokratie — schließt Cunow — muß heraus aus ihrer nur zu oft fast rein negativen Beharrung, ihrem Hängen an alten durch die Entwicklung überholten Illusionen und Formeln, heraus zu realpolitischer Mitarbeit am Wiederaufbau des Zerstörten auf bessern wirtschaftlichen Grundlagen und in bessern Formen! Die Arbeit, die gefordert wird, ist Vorbereitungsarbeit für eine frohere, gesichertere Zukunft. —

Was der Krieg bringt.

Die zweite Papstnote.

Aus London wird berichtet:

Sonninos Organ „Giornale d'Italia" meldet: In einer Note an die Entente-Mächte teilt der Papst den Wortlaut der Antworten der Mittelmächte auf die Friedensnote mit. Er erklärte, Grund zu der Annahme zu haben, daß diese Antworten als eine Mitteilung betrachtet werden dürften, daß Deutschland bereit ist, Belgien und Nordfrankreich zu räumen. Der Papst fragt nun an, ob er Deutschland bitten solle, seine Bedingungen bestimmt zu umschreiben. Der Papst biete also eine direkte Vermittlung an.

Das Blatt vermutet, die Absichten Deutschlands seien dem Papst bekannt, und zwar aus Besprechungen, die der Nuntius von München und der von Wien mit der deutschen und österreichischen Regierung gehabt haben, ohne daß jedoch Noten übermittelt wurden. Informationen, die den Papst in die Lage setzen, den Alliierten die Versicherung zu geben, daß Deutschland bereit wäre, Belgien und die in Frage kommenden besetzten Provinzen Frankreichs zu räumen, wurden dem Heiligen Stuhle mit den Berichten beider genannter Gesandtschaften gegeben. In allen diesen Berichten wurden die Absichten über Belgien auseinandergesetzt nicht als absolute Bedingungen, sondern als Bedingungen, über die in einander folgenden diplomatischen Verhandlungen gesprochen werden könne. Der Bericht des Nuntius in Wien setzt die österreichischen Bedingungen bezüglich Italiens auseinander.

In seiner zweiten Note an die Entente-Mächte gibt der Papst auch seine Abrüstungsvorschläge genauer kund: diese umfassen: Abschaffung der militärischen Dienstpflicht und Ersetzung eines Handelsboykotts gegen Friedensstörer. Dieser Boykott muß von einem internationalen Schiedsgericht proklamiert werden, dessen Aufgabe die Feststellung ist, daß eine Verletzung des Friedens stattgefunden hat.

Zu der vorstehenden Meldung bemerkt das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania", die Meldung sei an Berliner amtlicher Stelle allerdings noch nicht bestätigt worden, doch dürfte der Nachricht nach Mitteilungen, die dem Blatte von einer Stelle, der „nicht unterrichtet sein dürfte", gemacht werden, ihre Richtigkeit haben. —

* * *

Neue Versenkungen.

Amtlich wird gemeldet:

Zwei U-Boote-Erfolge im Armelkanal und in der Nordsee: vier Dampfer, ein Segler, ein Schiffahrtsfahrzeug, darunter drei bewaffnete Dampfer und der unter englische Segler „Independence". Von den drei bewaffneten Dampfern fuhr einer unter französischer Flagge, ein andrer war vom Aussehen des englischen Dampfers „Kendal Castle" (3885 Bruttoregistertonnen). —

* * *

Belgier flüchten nach Deutschland.

Ueber die Lebensverhältnisse der internierten belgischen Soldaten in Holland haben diese seit geraumer Zeit lebhaft Klage geführt. Das wird ihnen, wie der „Belgische Sozialist" sagt, in der bürgerlich-belgischen Presse Hollands sehr übelgenommen. Doch der „Belgische Sozialist" entgegnet:

Wir haben das Material über die Klagen gesammelt und es den zuständigen Behörden überreicht. Unsre Regierung hat aber nie geantwortet. Sie hetzt alles beim alten. . . . Die Mißstimmung ist allmählich in Entmutigung und Verzweiflung umgeschlagen. Schließlich griffen die Internierten zum äußersten Mittel. Sie flüchteten nach Deutschland, um dort Arbeit aufzunehmen. . . Die belgische Regierung versäumt ihre Pflichten gegenüber den Internierten, während die Handlungsweise der Internierten, wenn auch nicht zu beschönigen, so doch zu begreifen ist. Die Rettung aus den herrschenden Zuständen kann nur von der belgischen Regierung kommen. Sie sucht her der Welt, die Dinge zu lassen, wie sie sind, was gleichbedeutend ist mit der Fortsetzung der Flucht von Internierten nach Deutschland — oder zu handeln, indem sie dem jahrelangen Verlangen der Internierten nach lohnender Betätigung Rechnung trägt. . . .

Im besetzten Belgien stehen die Dinge nicht besser. Die Lebensmittel reichen nicht hin. Die Arbeitermassen gehen ihrer völligen Entkräftung entgegen. Sie haben zu wählen zwischen Hungertod und Arbeit im Dienste der besetzten Macht. Es liegt auf der Hand, wie der Entscheidung ausfällt. Die Menschen geben das Leben dem Tode hin. Sie gehen nach Deutschland. Nicht gezwungen, sondern freiwillig. Seit einiger Zeit sind es etwa wöchentlich an 5000, die nach Deutschland gehen, um dort zu finden, was sie in Belgien nicht finden: Leben durch Arbeit! . . .

Zum Schlusse bemerkt der „Belgische Sozialist", daß die belgische Regierung den ihren Verbündeten die nötigen Mittel entweder nicht anbiete oder nicht erbitte, um den Belgiern im besetzten Gebiet und in Holland wirksam zu helfen. —

* * *

Durcheinander.

Von dem Verlauf der demokratischen Konferenz in Petersburg liegen nur widersprechende Agenturberichte vor. Dennoch erklärte der Vorsitzende Tschcheidse, die Versammlung werde zwar über die Formel für oder gegen eine Koalition abgestimmt haben, darauf hier zwei andre Formeln, nämlich intern Koalition mit der Kadettenpartei und zweitens Koalition allein mit Sozialrevolutionären und Menschewiken. Mit 766 gegen 595 Stimmen trennte sich die demokratische Konferenz für eine Koalition aus. Da sich aber bei der Unterabstimmung über die Art der Zusammenarbeit mit den Kadetten keine Mehrheit fand, wurde bei einer nochmaligen Abstimmung die Idee einer Koalition überhaupt mit 595 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Nach diesen sich widersprechenden Beschlüssen entschied die Konferenz, daß das beträchtlich durch Vertreter aller Gruppen verstärkte Bureau am Nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten solle, um die Mittel zum Ausgleich der Widersprüche zu suchen und die Einheit des demokratischen Willens zu verwirklichen. Gleichzeitig nahm die Konferenz einstimmig eine Entschließung an, sich nicht eher aufzulösen, als bis sich die Regierungsgewalt in einer für die Demokratie annehmbaren Form gebildet habe.

„Daily Mail" meldet aus Petersburg: Der demokratische Kongreß hat mit 610 gegen 595 Stimmen den Antrag der Maximalisten auf eine Kundgebung für sofortige Friedensverhandlungen von der Tagesordnung abgesetzt.

Also nur mit einer Mehrheit von 25 Stimmen bei annähernd 1200 Stimmberechtigten! —

* * *

Ein Geständnis.

Das rheinische Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung" tritt trotz der wiederholten Kundgebungen der berufenen Vertreter der Zentrumspartei nach wie vor für den Eroberungsfrieden und gegen die Friedenskundgebung der Reichstagsmehrheit ein. Sie fälscht zu diesem Zwecke den klaren Sinn des Reichstagsbeschlusses für ihre Absichten um. In einem Artikel ihres Berliner Vertreters Dr. Eisele geht sie so weit, zu behaupten, nicht in den Reden der Alldeutschen liege zurzeit „die eigentliche Gefahr für unser Vaterland und einen glücklichen Ausgang des Krieges"; alle Vaterlandsfreunde müßten „besorgter sein wegen der verhetzenden sozialdemokratischen Verzichtfriedensagitation, als wegen bedauerlicher Entgleisungen alldeutscher Agitatoren".

Bisher hat die „Kölnische Volkszeitung" stets behauptet, hinter den Annexionspolitikern, hinter den Befürwortern des Sonderfriedens stehe die Mehrheit des Volkes; jetzt aber liest man in dem Artikel („Köln. V." Nr. 766):

Man fahre einmal auf deutschen Bahnen, man höre sich einmal in den Lokalen der Großstädte um, wo auch unsre Soldaten, welche aus dem Felde kommen, oder die hinausgehen, verkehren. Man hört dort vielfach Worte und Sätze aus dem sozialdemokratischen Wortschatz, aus der sozialdemokratischen Presse und Agitation wieder, die wahrlich eine große Gefahr für den Willen zum Durchhalten, für die Einigkeit und Einheit in der Armee

und hinter der Front, für den Willen zum Siegen und Durchhalten bilden. In all diesen Schlagwörtern der sozialdemokratischen Presse kehrt wieder, daß der Krieg „nur noch für die Großen" geführt werde, daß diejenigen, welche unserm Vaterland einen ehrenvollen, die Zukunftsentwicklung sichernden Frieden wünschen, „von der Großindustrie bezahlt" seien, oder „kapitalistischen Interessen dienten", daß die „Annexionspolitiker" allein schuld an dem dritten Kriegsjahr und vielleicht an dem kommenden Kriegswinter seien. Alle die bis zum Ueberdruß verbreiteten Verleumdungen über „Kriegshetzer", über „Annexionisten" kehren wieder.

Die Sache der spektakelnden Eroberungskreise muß trotz ihres mit einem Riesenkapital und mit einer wahrhaften Barnum-Reklame arbeitenden Betriebs sehr schlecht stehen, wenn ein so ausgeprägt annexionistisches Blatt sich zu solchen Worten genötigt sieht. Dabei ist zu beachten, daß der Verlag der „Kölnischen Volkszeitung", besonders im Westen, eine ganz hervorragende Organisation zur Verbreitung seiner Zeitungen in der Etappe und an der Front geschaffen hat, und daß auch die „Deutsche Tageszeitung" in ungezählten Exemplaren täglich bei den Truppen zur Verbreitung kommt. Dazu die in den Kasernen und in den Etappen verbreitete alldeutsche Broschürenliteratur! Wie gering ist demgegenüber die Zahl der sozialdemokratischen Blätter, die ins Feld gehen! Trotz alledem muß die „Kölnische Volkszeitung" traurig bekennen, wie das Volk heute denkt und wie die Soldaten, die aus dem Felde kommen, über das Annexionsgeschrei urteilen. Allerdings braucht man nicht auf deutschen Bahnen zu fahren oder in den Lokalen der Großstädte zu sitzen, um solche Beobachtungen zu machen. Man darf sich auch auf dem Lande nur umhören, wenn das Volk unter sich spricht, und man wird blaue Wunder für die Länderschlucker erleben können. —

* * *

Regierungswechsel in Schweden.

Das Kabinett Swartz-Lindman hat mit seiner Demission nicht lange zögern dürfen. Bereits fünf Tage nach Bekanntwerden des Gesamtergebnisses der Wahlen zur schwedischen zweiten Kammer — der politisch wichtigsten — kam es bei dem König um seine Entlassung ein. Nach dem Ausgang der Wahlen, welche die Sozialdemokratie als die stärkste Partei Schwedens erwiesen, war es kaum im Ernst zu erwarten, daß zwei so alte Parlamentarier, wie die beiden Führer des abgetretenen konservativen Ministeriums in der Tat sind, den Versuch machen würden, gegen das Volk zu regieren. Auf Aufforderungen seitens konservativer Kreise, mit führenden Blättern an der Spitze, diesen Versuch doch zu unternehmen, hat es wahrhaftig nicht gefehlt, ein Beweis mehr, daß auch in andern Dingen einsichtige und gescheite Leute politisch oft die Zeichen der Zeit nicht verstehen können oder wollen.

Die Bildung einer neuen Regierung dürfte mit vielerlei Schwierigkeiten verknüpft sein. Nach dem Wahlergebnis müßte Branting die Verantwortung für die Bildung eines neuen Ministeriums übernehmen; er scheint hierzu aber gar nicht gewillt zu sein. Er befürwortet vielmehr eine liberal-sozialdemokratische Regierung, worin der Posten des Ministerpräsidenten einem Liberalen zufallen müßte, eine Lösung der schwedischen Ministerkrise, die am wahrscheinlichsten erscheint. Der König hat zwar die Führer der drei großen Parteien gemeinsam empfangen, und ihnen die Bildung eines Koalitionsministeriums unter Wahrung der Neutralität des Landes empfohlen. Doch scheint die Stimmung für ein solches Experiment nicht günstig zu sein.

Eine gute Gelegenheit, alle Parteien zur Leitung der Geschicke Schwedens mit heranzuziehen, hatten die Konservativen im vergangenen Frühjahr beim Rücktritt Hammarskjölds, als Swartz-Lindman die Regierung übernahmen, aber damals wurden die Liberalen und Sozialdemokraten einfach beiseitegeschoben.

Ueber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts lassen sich viele Kombinationen aufstellen. Von Sozialdemokraten ist außer Branting, mit Palmstierna, Lindquist, Rydén, Thorßon, Nils Persson und Aug. Nilsen als Ministeranwärtern zu rechnen. Eine Verteilung der Portefeuilles vorherzusagen, dürfte schwierig sein. Um aber doch einige Fingerzeige zu geben, sei darauf hingewiesen, daß Palmstierna Seeoffizier war; Rydén ist Volksschullehrer in Malmö; Aug. Nilsson, früher Chefredakteur des südschwedischen Parteiorgans „Arbetet" in Malmö, ist nunmehr in der von Reichstags- und Kommissionsarbeit freien Zeit Kleinbauer; Lindquist, Führer der gewerkschaftlichen Landeszentrale Schwedens; Thorßon, Mitglied der Reichsbankdirektion; und Nils Persson, Führer des schwedischen Maurerverbandes, sind sämtlich aus dem Handwerkerstand hervorgegangen. In den verschiedenen Reichstagsausschüssen und staatlichen Ausschüssen haben sie alle eine hervorragende, und auch von den politischen Gegnern geschätzte Rolle gespielt. —

* * *

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

Nach Eintreffen der skandinavischen, böhmischen und ungarischen Delegierten wurde der internationale Gewerkschaftskongreß am Dienstag vormittag eröffnet. Der Vorsitzende, Genosse Schneeberger (Bern) hielt eine kurze Begrüßungsansprache, in welcher er die rein gewerkschaftlichen Aufgaben der Tagung umschrieb. Anwesend sind 73 Delegierte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Schreiben des belgischen und englischen Gewerkschaftsbundes verlesen, das unter scharfen Ausfällen auf Deutschland und die deutschen Gewerkschaften die Ablehnung ihres Erscheinens auf der Tagung begründete. Die englischen Gewerkschaften lehnen es in diesem Schreiben ab, mit den Deutschen zu verhandeln, solange die deutschen Armeen noch in besetztem Gebiet stehen, ferner weil Deutschland den Krieg zu Eroberungszwecken begonnen und das Haager Abkommen durch den Unterseebootskrieg, durch Versenkung von Lazarettschiffen und durch andre Grausamkeiten verletzt habe.

Das Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften Genosse Bauer wies die englischen Vorwürfe energisch zurück. Deutschland führe noch heute Krieg nicht um Eroberungen willen, sondern zur Verteidigung seines Bodens. Ein Friede ohne Annexionen und Vergewaltigungen könne jederzeit geschlossen werden, wenn die Entente auch auf Vergewaltigungen verzichten wolle. Das tue sie aber nicht und würde darin bis jetzt leider noch von den Sozialisten der Ententestaaten unterstützt. Bauer bezeichnete es als unsozialistisch, ein einzelnes Volk für den Krieg verantwortlich machen zu wollen; ebenso sinnlos sei der den Deutschen gemachte Vorwurf der Grausamkeit. Der Krieg selbst sei grausam. Man brauche nur an Englands Vorgehen in Indien und Transvaal sowie an den Baralongfall zu erinnern, um sich darüber klar zu werden, daß England keinen Anlaß habe, sich über Grausamkeit von andern zu beklagen. Der Hungerkrieg gegen deutsche Frauen und Kinder sei die erste und schwerste Verletzung der Haager Konvention in diesem Kriege gewesen. Die Paßverweigerung seitens der Ententeregierungen nennt Bauer Sklaverei, die sich die deutschen Sozialisten nicht hätten gefallen lassen. Die deutschen Gewerkschaften müßten es ablehnen, etwa die militärische Verteidigungskraft Deutschlands zu lähmen, während die Entente-Sozialisten die Eroberungssucht ihrer chauvinistischen Regierungen unterstützten.

Zur Vorberatung des gewerkschaftlichen Friedensprogramms und der künftigen Organisation des Sekretariats wurden sodann vorberatende Kommissionen eingesetzt. —

Der Kongreß nahm eine Resolution an, in der er aussprach, daß der Gewerkschaftskongreß es ablehnen müsse, auf die englische Begründung der Verweigerung des Kongreßbesuchs und überhaupt die gesamte Kriegsschuldfrage einzugehen.

Eine weitere Resolution sprach das prinzipielle Einverständnis mit der Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbureaus von Berlin nach einem andern Land aus. Die endgültige Beschlußfassung hierüber wurde dem nächsten internationalen Gewerkschaftskongreß vorbehalten. Die Resolutionen wurden mit den Stimmen aller vertretenen Länder gegen die der Schweiz angenommen. —

* * *

Unversenkbare Schiffe?

Die Erfolge des U-Boot-Kriegs haben im jenseitigen Lager eine Unzahl von Gehirnen in Bewegung gesetzt, die bemüht sind, das Problem des unversenkbaren Schiffes zu lösen. Nach dem „Corriere della Sera" soll dies nunmehr tatsächlich einem italienischen Ingenieur Umberto Bugliese gelungen sein, dessen Erfindung von der italienischen Regierung übernommen wurde. Das unversenkbare Frachtschiff besteht gewissermaßen aus zwei ineinandergebauten Schiffen. In dem äußern Schiffe befinden sich an den beiden Seiten zwei Kammern, deren Zweck es ist, in Gemeinschaft mit besondern im Schiffszentrum angebrachten Konstruktionen den Stoß der Mine oder des Torpedos abzulenken, der erst nach seiner Entfernung vom Schiffe zur vollen Entfaltung kommt. Im übrigen enthält das äußere Schiff die Hauptladeräume, während sich im innern Schiffe die Motoranlagen, die Dampfkessel, die Kohlenvorräte, die Radiostation und die Noträume befinden. Ein solches Schiff soll gegen die Wirkung eines Torpedos oder einer Mine völlig geschützt sein, es sei denn, daß diese auf einen schmalen ungeschützten Streifen an der untern Seite des Schiffes trifft, was aber selten vorkommen dürfte.

Die einzigen Nachteile der neuen Konstruktion sollen eine etwas geringere Geschwindigkeit (9,8 Knoten statt 10 in der Stunde) und ein kleinerer Laderaum (57 Prozent statt 70 Prozent der Gesamtwasserverdrängung) sein. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten für Fracht würden sich aber natürlich durch die verminderten Versicherungsspesen weit mehr als ausgleichen.

Da der Bau eines „Cargoboats" 5 bis 6 Monate in Anspruch nimmt, so werden wir also noch einige Zeit zu warten haben, bis wir in der Lage sein werden, den tatsächlichen Wert der italienischen Erfindung zu prüfen. —

* * *

Notizen.

Herrenhaus und Wahlrechtsvorlage. Wie der „National-Zeitung" aus Abgeordnetenkreisen mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß die Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus mit der Reform des Herrenhauses verkoppelt werden soll, falsch. Es handelt sich vielmehr um zwei formell voneinander getrennte Vorlagen, zu denen noch eine dritte kommt, die eine Neueinteilung der Wahlbezirke vorsieht. Diese Dreiteilung ist politisch von großer Bedeutung, da sie das Zustandekommen der Reform, wenn auch mit wechselnden Mehrheiten, zwar nicht gewährleistet, aber doch wahrscheinlicher macht. —

*

Keine Hülsenfrüchte im freien Handel. Das preußische Landesgetreideamt schreibt, daß bei ihm neuerdings zahlreiche Anträge von Händlern, industriellen Werken, Stadtverwaltungen und so weiter auf Sonderzuweisungen von Hülsenfrüchten eingehen. Vielfach würde auch gebeten, Hülsenfrüchte gegen Bezugsscheine freihändig aufkaufen zu dürfen oder die Lieferung von bereits gekauften gestatten zu wollen. Das Landesgetreideamt macht daher erneut darauf aufmerksam, daß derartige Verkäufe verboten und strafbar sowie alle diese Anträge zwecklos sind. Im Einvernehmen mit dem Herrn Staatssekretär des Kriegsernährungsamts werden diese Anträge ausnahmslos abgelehnt, da die Reichsgetreidestelle zur Deckung des Bedarfs für Heer und Marine und zur gleichmäßigen Lieferung von Hülsenfrüchten an die in der Kriegswirtschaft tätige Bevölkerung mit allen Mitteln bestrebt sein muß, möglichst viel Hülsenfrüchte in ihre Hand zu bekommen. Nur dann wird es möglich sein, allen Anforderungen einigermaßen gerecht zu werden. —

*

Eindrucksvolle Kundgebungen für Frieden und Volksrechte fanden am Sonnabend und Sonntag in der sächsischen Oberlausitz statt, die trotz der stark durch Einberufungen dezimierten Bevölkerung durchweg stark besucht waren. In Zittau, wo Genosse Landtagsabgeordneter Nitsche sprach, waren 500 Personen erschienen. Die gleiche Besucherzahl hatte die Versammlung in Bautzen aufzuweisen, wo Reichstagsabgeordneter Buck und Landtagsabgeordneter Uhlig sprachen. In Neugersdorf, einem Lausitzer Weberdorf, waren 600, in Sohland an der Spree 200 Personen erschienen. Hier sprachen Reichstagsabgeordneter Grenz und Landtagsabgeordneter Sindermann. Einen imposanten Verlauf nahmen auch die Volksversammlungen in Großschönau und Seifhennersdorf, wo Reichstagsabgeordneter Dr. Gradnauer und Landtagsabgeordneter Uhlig sprachen. In allen Versammlungen kam einheitlich die Zustimmung der Zuhörer zum Vorgehen der Sozialdemokratie im Reichstag und Landtag zum Ausdruck. Einer Resolution, die die Friedenspolitik der Sozialdemokratie, die Resolution des Reichstags billigt und die sächsische Wahlrechtsfeindschaft verurteilt, wurde überall einmütig angenommen. —

Costarica bricht die Beziehungen ab. Infolge einer amtlichen Mitteilung der spanischen Regierung hat die Regierung der Republik Costarica, wie schon nichtamtlich verlautete, die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abgebrochen. Costarica, einer der mittelamerikanischen Kleinstaaten hat eine Bevölkerung von 410 981. Die Bedeutung des Abbruchs der Beziehungen liegt natürlich nur auf wirtschaftlichem Gebiete. Der deutsche Handel soll selbst in diesem Winkel der Erde vernichtet werden; deshalb ist auch Costarica zum Bruche mit Deutschland gezwungen worden. —

*

Erhöhung der Fahrpreise für Schnellzüge? Wie die „Frankfurter Zeitung" aus guter Quelle vernehmen will, findet am heutigen Donnerstag in Berlin eine Versammlung von Vertretern deutscher Eisenbahnen statt, die insbesondere über eine erhebliche Erhöhung der Fahrpreise für Schnellzüge beraten wird. —

*

Der Fliegerangriff auf Frankfurt a. M. Amtlich wird gemeldet: Am Dienstag abend 10 Uhr 30 Minuten erschienen, rechtzeitig gemeldet und von den Abwehrgeschützen lebhaft beschossen, mehrere feindliche Flieger und warfen über Frankfurt und Umgebung eine größere Anzahl von Bomben ab. Soweit bisher festgestellt, sind im Weichbilde der Stadt in verschiedenen Stadtteilen 18 Bomben niedergefallen, die geringen Sachschaden anrichteten und nach den bis jetzt eingegangenen Meldungen fünf Personen verletzten. 11 Uhr 35 Minuten war der Angriff beendet. —

*

Ein englisches Großflugboot vor der Themse-Mündung vernichtet. Seekampfflugzeuge der flandrischen Küste haben, wie der Chef des Admiralstabes der Marine bekanntgibt, unter der bewährten Führung des Oberleutnants zur See Christiansen am 1. Oktober abends vor der Themse-Mündung ein englisches Großflugboot abgeschossen und vernichtet. —

*

Der Vorgesetzte als Totschläger. Im österreichischen Abgeordnetenhause in Wien wurde eine dringende Anfrage an den Landesverteidigungsminister betreffend die Tötung eines Dragoners auf dem Wiener Ostbahnhof besprochen. Der Dragoner wurde, als er vor der Abfahrt des Zuges von seinen Bekannten Abschied nehmen wollte, von einem Oberleutnant geohrfeigt und als er die Schläge abzuwehren versuchte, stach der Oberleutnant mit seinem Seitengewehr auf ihn los, so daß er als Leiche liegenblieb. Landesverteidigungsminister Crapp erklärte, er werde den Vorfall aufs strengste untersuchen. Auch werde er immer bereit sein, das ganze Gewicht seiner Stellung dafür einzusetzen, daß solche Vorfälle nach menschlicher Voraussicht vermieden werden. —

*

Eine Richtigstellung. Die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung: In dem Artikel Ihrer Zeitung vom 30. v. M. „Goldene Internationale" nennen Sie auch unsere Firma als zum Internationalen Dynamittrust gehörend. Demgegenüber erklären wir, daß wir nie dem Dynamittrust sowie dem Nobel- oder einem anderen Konzern angehört haben, sondern stets eine selbständige vollständig unabhängige Gesellschaft gewesen sind und es auch zu bleiben beabsichtigen. Wir bemerken, daß vermutlich unsere Firma mit der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-Aktien-Gesellschaft verwechselt wurde, was leider schon häufig geschehen ist. —

* * *

Die Schlacht neu entbrannt.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 4. Oktober 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die gestrige Kampftätigkeit des Feindes in Flandern glich der an den Vortagen: Tief in das Gelände hinter unsern Stellungen reichendes und auf die belgischen Ortschaften gerichtetes starkes Störungsfeuer gegen einzelne Abschnitte unsrer Kampfzone in der Mitte der Schlachtfront zu heftigster Wirkung in Feuerstößen zusammengefaßt.

Die Nacht hindurch hielt vom Houthoulster Wald bis zur Lys der gewaltige Artilleriekampf unvermindert an; heute morgen steigerte er sich zum Trommelfeuer.

Mit dem Einsetzen starker englischer Angriffe im Bogen um Ypern ist die Schlacht in Flandern von neuem entbrannt.

Bei den andern Armeen war infolge schlechter Beobachtung die Gefechtstätigkeit tagsüber meist auf ein geringes Maß beschränkt; erst gegen Abend lebte sie auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas setzte bei Anbruch der Dunkelheit schlagartig stärkstes Feuer an der Höhe 344, östlich von Samogneux, ein. Tiefgegliedert brachen die Franzosen bald darauf zum Angriff vor, die von uns dort gewonnenen Stellungen zurückzuerobern. Der Ansturm brach in der Abwehrwirkung unsrer Artillerie und an der zähen Widerstandskraft der Württemberger verlustreich und ergebnislos zusammen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Lebhafte Artilleriekämpfe entspannen sich zeitweilig dicht westlich der Mosel und im Sundgau; Angriffe erfolgten dort nicht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Jakobstadt, Dünaburg und am Zbrucz sowie im Donaukanal bei Galatz nahm die Feuertätigkeit vorübergehend zu; Erkundungsgefechte verliefen an mehreren Stellen für uns erfolgreich.

Mazedonische Front:

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Depeschen.

Protest der argentinischen Sozialisten.

W. T. B. Buenos-Aires, 3. Oktober. (Havasmeldung.) Die parlamentarische Gruppe der Sozialisten hat beschlossen, die Mandate niederzulegen, da der Bruch mit Deutschland beschlossen worden sei, ohne daß die Sozialisten zugestimmt haben. —

*

Druck auf Norwegen.

W. T. B. Kopenhagen, 4. Oktober. „National Tidende" meldet aus Christiania: England hat seine Abkommen mit den norwegischen Importeuren gekündigt. Kürzlich wurde das Abkommen mit den Importeuren der Fettwarenbranche gekündigt. Nun ist die Kündigung des Getreide- und Mehlabkommens erfolgt, die die zwei wichtigsten Abkommen darstellen. Weitere Kündigungen werden erwartet. —

Streichhölzer	Paket 75	45 ₰
Schucreme	Glasdose	38 ₰
Waschpulver, rote Packung, 1 Pfd.		50 ₰
Sauerstoff-Waschpulv., ½ Pfd.		35 ₰
Sparo-Waschpulver	1 Pfund	30 ₰
Meyers Blitzblank	5 Pakete	35 ₰
Waschriegel „Ivo weiß"	Riegel	30 ₰
Fixsauber, Ersatz für Schmierseife, ohne Seifenkarte, 1 Pfd.		95 ₰
Stärke-Ersatz „Zauberglanz"	Paket	48 ₰
Doctors Stärkemittel	Paket	25 ₰
Seifenspäne, stark schäumend	Paket	40 ₰
Kohlenanzünder	35 Blatt	18 ₰

Isolierflaschen, 12 Stunden warm haltend, ½ Liter	3.50
Verlängerungstaschen, Wachstuch, mit Ledergriff	3.50
Schulmappen für Knaben und Mädchen	1.45
Frühstückstaschen, zum Umhängen	68 ₰
Brotkartentaschen	1.45
Markttaschen, 36 cm, mit Ledergriff	3.00
Geldtaschen, auch f. Papiergeld	2.45
Handkoffer, 2 Schlösser und verstärkte Ecken	6.00 5.00
Feldpostkartons, 1 Pfd. 10 Stück	1.15
Taschenlampen, zum Umhängen, mit guter Füllung	3.50
Metall-Zigarettentaschen	1.10
Rocknadeln, echt Silber	1.60
Broschen, moderne Muster	1.25
Schwarze Perlenketten	1.85
Brennessel-Haarwasser, Flasche	2.00
Lysoform-Mundwasser, Flasche	1.00
Parfüm, sortierte Gerüche, Flasche	1.50
Mandelkleie, zur Hautpflege, Dose	1.50
Veilchen-Hautcreme	Tube 50 ₰
Zahncreme „Albsdent"	Tube 55 ₰
Haarschmuck in großer Auswahl	
Zahnbürsten, 4reihig	18 ₰
Taschenspiegel, mit Kamm und und Bürste	1.25
Rasierspiegel, vernickelter Rand	2.00
Stehspiegel	58 ₰
Rasierpinsel	48 ₰
Rasiercreme, in Dosen	2.70

Gebr. Barasch

Blaue Schlosserjacken 4.95
Haustuch 5.50

Blaue Schlosserhosen 4.95
Haustuch 5.50

Arbeitsblusen 3.95
blau und weiß gestreift . . . . . .

Ersatz-Aermel 3.00
für Unterjacken und Sweater Paar

Herren-Hüte 5.95
weiche Form, moderne Formen . 7.50 6.50

Herren-Hüte schwarz, Velour, die große Mode 8.75
18.50 15.50 11.50

Militär-Extramützen 4.50
grau . . . . . .

Militär-Wickelgamaschen 6.95
vorzüg. wasserdicht 8.25

Herren-Hosenträger Gurtband mit Leder- und Strippen-Garnitur . . 1.45
3.75 2.75 1.95

Knaben-Stoffanzüge 9.50
mod. hochgeschl. Form 24.00 12.50 10.50

Knaben-Stoffhosen 1.60
mit Leibchen, gemustert 2.20 2.00 1.80

Knaben-Stoffhosen 4.95
mit Leibchen, blau, grau 5.55 5.35 5.15

Knaben-Stoffhosen 3.25
Knieform, blau u. grau 4.15 3.85 3.55

Knaben-Sweater 1.45
marine, rot, grau, grün 2.10 1.85 1.65

Herren-Socken 65 ₰
Halbwolle, mit Patentschaft, grau, Paar 95

Herren-Schweißsocken 75 ₰
echt Bigogne, Doppelf. u. -spitze Paar 95

Herren-Socken 2.25
mako u. normalfarb., m. Patentsch. Paar

Herren-Kamelhaarsocken 2.75
reine Wolle, mit Patentschaft . Paar

Herren-Socken 3.25
reine Wolle, moderne Farben . Paar

Damen-Strümpfe 2.95
Flor, mit wollener Sohle, schwarz . Paar

Damen-Strümpfe 3.75
Flor, durchbr., Doppelferse u. -spitze, schw. P.

Damen-Strümpfe 3.95
Seidenflor, Doppelferse u. -spitze, schw. Paar

Damen-Strümpfe 4.25
Flor, Doppelsohle, -ferse u. -spitze, schw. Paar

Damen-Strümpfe 6.25
reine Seide, mit Florrand u. Zwickel Paar

Damen-Handschuhe 4.50
Ziegenleder, 2 Druckknöpfe, farb. Paar

Damen-Handschuhe 5.75
Ziegenled., 2 Druckn., mod. Farb. Paar

Damen-Handschuhe 6.75
prima Ziegenleder, farb. u. schwarz Paar

Damen-Handschuhe 7.50
prima Ziegenl., Stepp., farb. u. schw. Paar

Damen-Handschuhe 8.75
Mocha-Ersatz, moderne Farben . Paar

Schleier-Gardinen abgepaßt, 2 Flügel 29.50

Schleier-Gardinen vom Stück . . Meter 13.50 bis 5.75

Elegante Halbstores 65.00 48.00 42.50

Tüll-Bettdecken weiberig 75.00 50.00 43.50

Elegante Perlvorhänge für Türen, in verschiedenen Ausführungen und Preislagen

Waschbare Tischdecken . . . 13.50 10.50 7.50

Läuferstoffe . . . . . Meter 11.50 10.50 8.50

Kokos-Läufer 90 cm lang . . . . . Meter 7.50

Leder-Sohlenschoner	1.07	1.00	75 56 ₰
Sohlenschoner „Halte durch"	1.35	85	65 ₰
Sohlenschoner aus Metall		43	25 ₰
Federstahl-Sohlen	2.00	1.80	1.50
Herren-Pantoffel	3.10	2.70	2.25
Herren- imit. Kamelhaarschlüpfer mit Lederlohle	6.75	5.65	4.20
Herren-Filzschuhe mit Filz- und Spaltlederlohle	5.45	4.70	3.45
Damen-Pantoffel	2.70	2.45	2.25
Damen-Kamelhaarschlüpfer mit Spaltlederlohle	4.70	3.50	3.35
Damen-Tuchschlüpfer mit Filzsohle	2.10	1.70	1.35

Trauer-
Hüte, Kleider, Blusen, Röcke
Handschuhe, Schleier, Krepps
Schürzen usw.
in allen Preislagen und größter Auswahl
Schnellste Anfertigung von Trauerkleidern
Lange & Münzer
Breiteweg 51, 51a, 52

Umpreßhüte
auf neuste Formen.
Etuis- und Hutkarton-Fabrik
E. Göke
(früher G. Allrecht)
Himmelreichstr. 13
Fabrik: Bahnhofstraße 13a.

Hauptreinigung.
Der Betrieb des K. Strafvollzugsamts Sandhofgefängnis ist wenige Tage eingestellt. Die Fertigstellung der Kleider hat der Schneiderei
Franz Koch
Inh. des Strafhauses
Gustav Geißler
für
Leiterstr. 2
aus dem Gefängnis entlassen. Zugleich bitten alle einzelnen Freunden wieder einmal auf mich aufmerksam machen.
K. Strafvollzugsamt Sandhofgefängnis

Haar
ausgekämmt, kaufen zu höchsten Preisen
Oehlstäter,
Breitenweg 110.
Eing. Kaiserstraße

Rechtsanwalt Referent der 2. K.
Leipzigerstr. Nr. Wilhelmstraße 5
Sprechstunden 9-1, 3-7 Uhr
— Sonntags nur 11-1 —

Kleine Nähmaschinen
Bezugs-Ausgabe
Kleine Radler, Schönebeckerstr. 6
Tischlein Tag und Nacht.

Geschäfts-Inventarien
wegen Fortzugs zu bedeutend ermäßigten Preisen. Bei Abnahme von 10 Pfd. einer Sorte tritt weitere Ermäßigung ein. Nur kurze Zeit. Sofortiger Kauf empfehlen Schlächter (alle Bezüge, Papierfabrikate) bitte mitbringen.
E. Sch. Nachf., Kaiserstraße 16

80 sehr fette Ferkel, 6 Wochen alt, Läufer und Fütterer, und Fütterer und Donnerstag eingetroffen. Verkauf folgt.
Züchter L. Teltz.

Selbst eingemachte Saure **Gurken**
Stück 5-15 ₰.
Senfgurken 20 ₰.
Kübel Pfund 15 ₰.
E. Sperber, Breiterstr. 2.

Winterkartoffeln
werden verabfolgt von 8 bis 5 Uhr
à Zentner 7.75 Mark.
Mitzubringen sind Säcke, Kartoffelmarke und Brotkarte.
Klutentreter
Bahnhof Tor 6. Fernsprecher 1801.

Trustfrei sind die
TAG
Cigaretten
Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. Stuttgart.
Feldpostpackungen in allen Preislagen.
Fabriklager Magdeburg: Oskar Meine, Fallersleben 5, 3 Tr.
39

Sozialdemokrat. Frauen-Bibliothek.
Wir empfehlen:

Die Frauen und der politische Kampf	30 ₰
Kinderarbeit, Kinderschutz und die Kinderschutz-Kommissionen	50 ₰
Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften	40 ₰
Die Frauen und der Preußische Landtag	30 ₰
Gewinnung und Schulung der Frau für die politische Betätigung	30 ₰
Frauen-Erwerbsarbeit während des Krieges und nachher	50 ₰

Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße 3.

Trauer
in großer Auswahl
sehr preiswert
Kostüme
Mäntel
Kleider
Blusen
Röcke
Kleiderstoffe
Schürzen
Handschuhe
Flore
Adolph Michaelis Ratswagenplatz 1 und 7
Bezugsscheine werden ausgestellt und sofort erledigt.

Trauerkarten empfiehlt **Buchhandl. Volksstimme**

300 Mark Belohnung!
In den Garten meines Grundstücks
Mittelstraße 11
sind in der letzten Zeit wiederholt
Einbrüche
verübt worden. Während in der Nacht vom 15. bis 16. September drei Apfelbäume geplündert sind, sind in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober
6 braune Hühner und 1 Enterich (grau mit grünem Kopf)
gestohlen. Die obige Belohnung erhält derjenige, der zweckdienliche Angaben macht, die zur Bestrafung des Täters führen.
66 **Friedr. Gessner.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank. Vielen Dank den Hausbewohnern, den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Polte sowie dem Metallarbeiter-Verband. Besonderen Dank Herrn Pastor Görnemann für die trostreichen Worte in der Kapelle sowie am Grabe.
Magdeb.-Sudenburg, den 3. Oktober.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Witwe Emma Reinke nebst Sohn und Tochter

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 233. Magdeburg, Freitag den 5. Oktober 1917. 28. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung.

Berlin, 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht zunächst ein Gesetzentwurf über die Ergänzung der Beisitzer der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte während des Krieges.

Abg. **Giebel** (Soz.): Wir können dem Entwurf darin folgen, daß zurzeit Neuwahlen der Beisitzer zu diesen Gerichten untunlich sind, aber wir können nicht dem Wege zustimmen, auf dem der Entwurf den Beisitzerersatz beschaffen will. Man kann akzeptieren, daß die höhere Verwaltungsbehörde dafür die Initiative haben soll, aber auf keinen Fall darf die Wahl der Beisitzer den Stadtverordneten-Versammlungen, Gemeindevertretungen, Kreisausschüssen überlassen werden, ohne daß sie bei ihrer Auswahl auch nur im geringsten eingeengt sind. Zu den so berufenen Beisitzern könnten die Arbeiter und Angestellten nicht das geringste Vertrauen haben. Durch eine solche Bestimmung würde man den Bock zum Gärtner machen, denn die Gemeindevertretungen und erst recht die Kreisausschüsse, mit dem Landrat an der Spitze, sind die reinsten Klassenvertretungen. Bei einer solchen Regelung hätten die Gelben, die sich offen als Sturmkolonne der Arbeitgeber bekennen und betätigen, die allergünstigsten Aussichten. Das Ansehen der Kaufmanns- und Gewerbegerichte würde dann gründlichst zerstört sein. Die Gemeindevertretungen müßten dann mindestens an Vorschlagslisten gebunden sein, die von den Verbänden der Arbeiter und Angestellten aufzustellen wären. An Hand dieser Vorschlagslisten sollte nach dem Wahlergebnis der letzten Wahl die Verteilung erfolgen. Angesichts der Kriegserfahrungen ist es ferner dringend geboten, endlich auch den

erwerbstätigen Frauen die Wählbarkeit

einzuräumen. Wir werden Einfügung entsprechender Bestimmungen in das Gesetz beantragen. Der Krieg hat die staatsbürgerliche Reife der Frauen mit so klassischer Klarheit bewiesen, daß wir wohl auf Annahme unsers Antrags rechnen können. Ferner werden wir die Streichung der Bestimmungen beantragen, die darauf hinausgehen, daß nie mehr als zwei Beisitzer hinzugezogen werden dürfen und daß im ersten Termin der Vorsitzende in allen Fällen allein die Verhandlung führen soll. Die erste Bestimmung widerspricht vollkommen dem Charakter dieser Gerichte als Laiengerichte und die andre Bestimmung würde dazu führen, daß in vielen Fällen ein zweiter Termin abgehalten werden muß, wo sonst nur ein Termin nötig wäre. Durch Annahme unsrer Anträge würden Sie den Entwurf so gestalten, wie er den Wünschen und dem Rechtsempfinden der Arbeiter und der Angestellten entspricht.

Ministerialdirektor Dr. **Caspar**: Die von dem Vorredner zuerst kritisierte Bestimmung des Entwurfs ist auch in dem jetzigen Gesetz schon enthalten. Es ist also nicht einzusehen, wie diese Bestimmung das Vertrauen zu den betreffenden Gerichten mindern könnte. Der Vorschlag auf Einführung von Vorschlagslisten beruht auf dem Vorgang des Hilfsdienstgesetzes. Dort lagen aber die Verhältnisse praktisch anders. Die Wählbarkeit der Frauen würde einen ganz neuen Grundsatz in das Gesetz einführen, was bei dieser Gelegenheit nicht angängig sein dürfte.

Abg. **Marquardt** (natl.) schließt sich dem Vorschlag des Abgeordneten Giebel auf Einführung von Vorschlagslisten seitens der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen an, ebenso dem Vorschlag auf Streichung der Bestimmung, die Zuziehung von mehr als zwei Beisitzern unmöglich machen soll.

Abg. **Behrens** (Dt. Fr.): Die Ersatzmänner für die Beisitzer sollten aus den Organisationen genommen werden, denen die ausgeschiedenen angehörten. Die Nichtzuziehung von Beisitzern, die der letzte Absatz des Entwurfs gestatten will, ist um so unnötiger, als der Entwurf ja gerade die Möglichkeit bringt, Ersatz für die eingezogenen Beisitzer zu schaffen.

Abg. **Giebel** (Soz.): Nach den Ausführungen des Regierungsvertreters scheint es unmöglich, den Entwurf im Plenum zu verabschieden. Deshalb beantragen wir seine Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Giesberts** (Ztr.) schließt sich diesem Antrag an, desgleichen Abg. **Schiele** (kons.).

Abg. **Stadthagen** (Unabh. Soz.): Auch während des Krieges können sehr wohl Wahlen stattfinden, freilich müßten sich die Militär- und Verwaltungsbehörden jeder Wahlbeeinflussung enthalten. Am besten wäre es, den Entwurf sofort abzulehnen, doch wollen wir uns einer Kommissionsberatung nicht widersetzen. Die Debatte schließt. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Eine Eingabe betreffend Flüssigmachung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland wird zur Berücksichtigung bzw. als Material überwiesen.

Eine Eingabe fordert

Freigabe von Sohlenleder

für das Schuhmacherhandwerk.

Abg. **Brühne** (Soz.): Die Lederknappheit ist ja vorhanden, aber es müßte trotzdem so viel Material zur Verfügung gestellt werden, daß die vorhandenen Schuhe, wenn sie schadhaft geworden, wieder hergestellt werden können. Allein in der Stadt Frankfurt a. M. warten eine Million Paar Stiefel auf Ausbesserung. Große Entrüstung herrscht über die ungeheuern Preise für die Ersatzstoffe. Diese Ersatzsohlen sollte man als Ersatzkohlen verwenden, sie sind nicht mehr wert, als daß man sie in den Ofen steckt. Eine Abhilfe ist hier dringend notwendig. Im Sommer konnte man sich noch helfen, im Notfall mit Barfußlaufen, im Winter aber wird es so weit kommen, daß Tausende von Arbeitern nicht zur Arbeit und Tausende von Kindern nicht zur Schule werden gehen können. Man hätte recht wohl rechtzeitig für die Anfertigung von Sandalen sorgen können. Statt dessen hat man das ganze Handwerk danieder liegen lassen. Hier muß unbedingt die Militärbehörde das notwendige Quantum von Leder freigeben. (Zustimm. b. d. Soz.)

Die Eingabe wird für erledigt erklärt.

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Abg. **Bell** (Ztr.): Die finanzielle Tragweite des vorliegenden Entwurfs ist mehr als eine Milliarde Mark. Und dazu soll nach dem Kriege noch ein Reederei-Entschädigungsgesetz kommen, denn jetzt handelt es sich nur um Beihilfe. Man hat diesen Entwurf ein Ausnahmegesetz zugunsten einer einzelnen Kapitalistenklasse genannt, aber mit Unrecht, denn an der möglichst schleunigen Wiederherstellung der Handelsflotte ist unsre gesamte Volkswirtschaft, nicht zum wenigsten auch der Mittelstand und die Arbeiterklasse interessiert. Mit der Gewährung von Darlehen, selbst zu den günstigsten Bedingungen, wäre das Ziel, der möglichst schnelle Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, nicht zu erreichen; es blieb daher nur der von der Vorlage gewählte Weg der Gewährung von Beihilfen übrig. Wir beantragen, eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, wonach einem spätern Reichsgesetz vorzubehalten ist, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind. Ferner wünschen wir, daß eine einseitige Bevorzugung der Großreedereien ausgeschlossen bleibt, es müssen vielmehr auch die mittlern und kleinen Reedereien berücksichtigt werden. Wir sehen in der Vorlage ein großzügiges Friedenswerk. (Bravo! i. Ztr.)

Abg. **Schumann** (Soz.): Der Entwurf ist von größter Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Ohne starke Handelsflotte kann Deutschland seine Stellung im Welthandel nach dem Kriege nicht wieder erringen. Die Absicht Englands, Deutschland als seinen Konkurrenten vom Weltmarkt auszuschalten, soll durch diese Vorlage durchkreuzt werden. Dieses Ziel liegt auch im Interesse der deutschen Arbeiter. Deshalb stimmen wir dem Grundgedanken der Vorlage zu. Die Verluste der deutschen Handelsflotte während des Krieges sind sehr groß. Gelänge es uns nicht, diese Verluste schnell auszugleichen, so wäre Deutschland von den ausländischen Reedereien abhängig und die deutsche Industrie wäre infolge der hohen Frachten, die sie zu zahlen hätte, gegenüber dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig. Aus eigner Kraft sind die deutschen Reedereien infolge der großen Verluste, die sie erlitten haben, und infolge der gestiegenen Baukosten nicht in der Lage, die verlorene Tonnage wieder zu ersetzen. Grundsätzlich stimmen wir also dem Gesetz zu, das den Reedereien zu diesem Zwecke Beihilfen gewähren will. Wir beantragen aber dazu, daß die Beihilfen, soweit sie den Friedensbaupreis übersteigen, nur als Darlehen gewährt werden sollen. Sollte die Mehrheit diesem Antrag nicht ohne weiteres zustimmen wollen, so würden wir Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission vorschlagen. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so müßten wir uns die Stellung zu der Vorlage für die dritte Lesung vorbehalten.

Die Beihilfen sollen erfolgen nach Vorschlägen eines Reichsausschusses von sieben Mitgliedern, die der Bundesrat ernennt. Wir beantragen, daß der Reichsausschuß aus neun Mitgliedern besteht, von denen der Bundesrat nur sechs ernennt, worunter ein Vertreter der Reeder und der Schiffsmannschaften sein muß, und daß die übrigen drei Mitglieder

vom Reichstag aus seiner Mitte gewählt

werden. Auch die Frage der Uebernahme des Schiffsbaues in Reichsregie muß ernst ins Auge gefaßt werden und schon jetzt sollten neue Schiffe auf Rechnung des Reiches in Auftrag gegeben werden. Selbstverständlich muß das Reich sich ein Kontrollrecht und einen Einfluß auf die Schiffsfrachten sichern. Ebenso selbstverständlich ist, daß allen Ansprüchen für die Sicherheit von Leben und Gesundheit der Seeleute bei den Neubauten Rechnung getragen wird. Auch bei dieser Gelegenheit erheben wir die Forderung nach einem Reichsschiffahrtsamt und einer reichsrechtlichen Schiffsbaukontrolle. Ganz entschiedene Verwahrung muß ich schon jetzt dagegen einlegen, daß etwa aus Konkurrenzerwägungen für die Zeit nach Friedensschluß die Schutzbestimmungen und Bemannungsvorschriften zuungunsten der Seeleute abgeändert werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Entsprechende Anträge haben wir bei diesem Entwurf nicht gestellt, weil diese so überaus wichtige Frage dabei nicht genügend gewürdigt werden könnte, wir behalten uns aber vor, alle dahingehenden Wünsche zu geeigneter Zeit den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten, und wir hoffen, daß den Wünschen der Seeleute dann besser entsprochen werden wird, als es vor dem Kriege geschehen ist. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Carstens** (Fortschr. Vp.): Der Entwurf wird sicher 1½ bis 2 Milliarden verlangen. Aber wer A sagt, muß auch B sagen, und wenn man den schnellen Wiederaufbau der Handelsflotte erreichen will, so muß man auch die notwendigen Mittel bewilligen.

Abg. **Stubmann** (natl.): Wir begrüßen die Vorlage mit Genugtuung. Gegenüber den Zerstörungen der deutschen Handelsflotte in diesem Kriege muß mit fester Hand und gründlich eingegriffen werden. Mit Darlehen kann das Ziel des schnellen Wiederaufbaues unsrer Handelsflotte bei den heutigen Baupreisen nicht erreicht werden. Eine Verstaatlichung der Handelsschiffahrt halten wir nicht für angebracht, da gerade die Handelsschiffahrt auf internationale Beweglichkeit, auf Anpassungsfähigkeit in jeder halben Stunde angewiesen ist. Die private Initiative, die bisher so Großes auf diesem Gebiet geleistet hat, wird auch die ihr jetzt gestellte Aufgabe erfüllen.

Das Haus vertagt sich.

Präsident Dr. **Kaempf** schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Donnerstag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Interpellationen der Sozialdemokraten über die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts durch die Generalkommandos und über die amtliche Unterstützung der Agitation der Vaterlandspartei. Gesetz über die Vereinfachung der Rechtspflege; Fortsetzung der heutigen Debatte über das Reedereigesetz.

Abg. **Dittmann** (Unabh. Soz.) bittet, die Frage der Schutzhaft in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Dr. **Kaempf**: Mit dieser Frage wird sich der Seniorenkonvent morgen beschäftigen.

Der Vorschlag des Präsidenten wird angenommen. Schluß 6¼ Uhr.

Kapitän Bröhans Werbung.

Ein humoristischer Seeroman von W. W. Jacobs.

(19. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Hinnerk nahm das Brot und versuchte es in seine Tasche zu stecken, wobei er seine alte Geschichte, daß er es für seine Kinder mit nach Hause nehmen wolle, erzählte und sich erhob.

„Sie essen das selbst und ich werde Ihnen dann ein paar Brote geben, die Sie mit nach Hause nehmen können," befahl der andre.

Das Brot entglitt Hinnerks Fingern und rollte auf den Fußboden. Ein Zuschauer nahm es auf, wischte es an seinem Rock ab und gab es ihm zurück.

„Nur zu," sagte der große Herr und tat einen Zug aus seinem Schoppen, „essen Sie man los."

„Ich muß erst meine Kinder essen sehen," entgegnete Hinnerk mit gebrochener Stimme.

„Wenn Sie das Brot nicht essen, werde ich einen Polizisten rufen und Sie verhaften lassen," sagte der andre mit erhobener Stimme. „Ich glaube, Sie sind ein Schwindler. Wo ist ihr Hausierschein?"

In einem Zustand, der mehr an Raserei grenzte, biß Hinnerk ein Stück Brot ab und versuchte, es hinunterzuschlucken. Er nahm sich eine Wasserflasche her und trank einen Teil ihres Inhalts und hatte innerhalb fünf Minuten ebensoviele Mundvoll verschlungen.

„Weiter," sprach der edle Spender.

„Nee, ich will nich," sagte Hinnerk wütend, „ich will verdammt sein, wenn ich's tu!"

Der andre erhob sich und ging zur Tür. „Kommen Sie, bitte, mal einen Augenblick herein, Schutzmann," sagte er ruhig.

Er trat beiseite, und während Hinnerk mit dem Brot in der Hand innehielt, öffnete sich die Tür und Schorse und Fiedje traten ein und blickten ihn, ihre Köpfe schüttelnd, kummervoll an. Der große Herr setzte sich hin und lachte, bis ihm die Tränen kamen, als Hinnerk, der jetzt erkannte, daß er das Opfer eines Komplotts geworden war, Fiedje das Brot an den Kopf warf und zur Tür stürzte. Er ging wild vor Wut die Straße hinab und schleuderte die Schuhbänder von sich, fest entschlossen, nichts mehr mit ihnen zu tun haben zu wollen.

„Hallo, Hinnerk!" rief eine Gestalt von der andern Seite der Straße. „Haste Glück gehabt?"

Hinnerk schüttelte sprachlos seinen Kopf.

„Du hast getrunken," sagte der Koch, als er herüber kam.

„Nee," entgegnete Hinnerk. Dann kam ihm ein niederträchtiger Gedanke, und er nahm den andern beim Arme.

„Da is 'ne Kneipe etwas weiter 'runter, Koch," sagte er mit zitternder Stimme, „und da sitzt 'n alter Mann in, wegen den ich nich ganz sicher bin. Willste nich mal 'reingehn un 'n Dich anlucken?"

„Wo is sie?" fragte sein argloser Freund.

Voller Freude führte ihn Hinnerk an den Ort seiner Kränkung, wartete, bis er sicher drinnen war und stand dann lauschend hinter der Tür.

„Warum sprechen sie nich laut?" sagte er ärgerlich, als ein undeutliches Gemurmel sein Ohr traf. Er horchte gespannt, konnte aber nicht verstehen und war gerade, alle Geduld verlierend, im Begriff, die Tür aufzustoßen und hineinzugucken, als er ein brüllendes Gelächter vernahm. Lachen auf Lachen erscholl, bis die ganze Kneipe wackelte, und der Ausdruck süßen Friedens senkte sich auf sein Antlitz, als er sich die Szene drinnen ausmalte.

„Nee, nee," sagte der Koch mit schwacher Stimme.

Wieder ließ sich ein brüllendes Gelächter hören, das Hinnerk mit stillem Grinsen begleitete.

„Ihr bringt mich noch um," sagte der Koch wieder mit ersticker Stimme.

„Das is für Dich nich schlimmer, als für mich, mein Junge," meinte der Matrose höchst befriedigt.

Wieder erscholl das Gelächter und Hinnerk schien es zu seinem Erstaunen, als wenn der Koch mit einstimmte. Er lauschte noch, toll vor Bestürzung, als er wieder die Stimme des Kochs vernahm.

„Der arme alte Hinnerk," sagte er deutlich. „Der arme alte Hinnerk! Ich hätte was drum gegeben, wenn ich ihn hätte sehn können."

Der Lauscher richtete sich plötzlich steif auf und schlich dann mit angehaltenem Atem auf den Zehenspitzen die Straße hinunter, verfolgt von der aus der Kneipe herausschallenden Fröhlichkeit. Er war ganz verdreht im Kopf, aber zwei Gedanken gewannen greifbare Gestalt in seinem Hirn, während er wütend ausschritt — erst das Syndikat zu zerschmettern und dann den Koch. Mit diesen festen Vorsätzen ging er wieder an Bord und in das vereinsamte Logis, wo er sofort in seine Koje kletterte und bald seinen Kummer im Schlafe vergaß, in einem Schlafe so tief, daß die andern, als sie eine Stunde später heimkehrten, ihn nicht aufwecken konnten, bis Fiedje zu einem letzten Mittel griff und eine Schnitte Brot nach ihm warf. Danach mußten sie alle die ganze Nacht wach liegen, um ihres Lebens sicher zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 4. Oktober 1917.

Werbt für die Frauenbewegung!

Bei dem Zusammensein unsrer Parteigenossinnen auf der Reichsfrauenkonferenz am 7. Juli in Berlin kam der Wille zu tatkräftiger Arbeit im Dienste der sozialdemokratischen Weltanschauung in schönster Weise zum Ausdruck. In dem ernsten zielklaren Wollen liegt schon ein Stück Erfolg.

Der Krieg hat auch die sozialdemokratische Frauenbewegung daniedergedrückt und geschwächt. Zugleich wurden wir Frauen aber auch vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt.

In nie geahnter Weise hat die Frauenerwerbsarbeit an Umfang zugenommen, ist sie in ihrem volkswirtschaftlichen Werte gestiegen. Viel Umsicht, Tapferkeit und guter Wille in der Frauenwelt ist nötig, um Berufs- Hausfrauen- und Mutterpflichten zugleich auszuüben. Sor nanche Frau ginge nicht den schweren, dornenvollen Weg der am Lohn arbeitenden Mutter, würde sie nicht durch bittere Not dazu gezwungen.

Die bisher zur Entlastung der erwerbenden Frauen geschaffenen gemeinnützigen Einrichtungen genügen noch lange nicht, um ihnen wirklich fühlbare Erleichterungen zu verschaffen.

Die Fragen der Volksernährung haben während des Krieges auch für die Frauen eine erhöhte Bedeutung gewonnen. In der Zeit der staatlich organisierten Lebensmittelversorgung, der rationierten Lebensmittelverteilung müssen die Frauen als Verbraucherinnen und Verwalterinnen des Familieneinkommens ein größeres Interesse am öffentlichen Leben gewinnen.

In engem Zusammenhang mit der Frage der Frauenerwerbsarbeit und der Lebensmittelversorgung steht das Bevölkerungsproblem. Geburt und Tod lassen sich von den allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinungen nicht trennen. Schutz und Hilfe den werdenden Müttern und den Säuglingen durch die Gesetzgebung, Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung und Pflege für die heranwachsende Jugend muß für uns Frauen Forderung und Ziel sein. Die Schulfrage erhält auch für die Frauen der Arbeiterklasse erhöhte Bedeutung, wenn das Wort: „Freie Bahn allen Tüchtigen" Geltung haben soll. Die Wohnungsfrage erfordert unsre ganze Aufmerksamkeit. Viele Frauen und Mädchen, die außerhalb ihres Wohnorts ihrem Beruf nachgehen müssen, finden oft kein sauberes Plätzchen, wo sie ihren Körper nach schwerer Arbeit zur Ruhe strecken, wo sie eine Erholungsstunde genießen können. Die Mietsteigerungen allerorts zeigen uns schon jetzt, welchen Wohnungsverhältnissen wir entgegengehen.

Der kommende Friede kann uns ein plötzliches Zurückfluten der weiblichen Erwerbsarbeit bringen. Mit dem Arbeitsmangel droht aber den betreffenden Frauen die Verdienstlosigkeit und bittere Not, wenn nicht von der Gesetzgebung rechtzeitig Vorsorge getroffen wird.

Es muß den Frauen klar werden, daß es bei ihrer Teilnahmelosigkeit dem politischen Leben gegenüber nicht bleiben darf. Der Verlauf des Krieges wird uns zeigen, ob der Krieg mit seiner großen seelischen und körperlichen Not uns ganz müde und stumpf gemacht hat, oder ob wir nicht doch etwas zu leisten vermögen für unsre Ideen, für den Sozialismus.

Werbt Kämpferinnen für den Sozialismus und für die „Gleichheit"!

Wenn jede Genossin ihre Pflicht tut, muß es gelingen!

Marie Juchacz.

Warum magern wir ab?

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" veröffentlichen folgenden Artikel von medizinischer Seite:

Die Gründe für die zurzeit herrschende allgemeine Unterernährung bestehen in der quantitativen wie qualitativen Herabsetzung unsrer täglichen Nahrung. Diese setzt sich im wesentlichen zusammen aus Eiweißstoffen (Fleisch, Eier, Milch, Käse), Zucker und Fettstoffen (Butter, Schmalz, Oel). Am meisten fehlt das letzte, dessen Wert für Ernährung und Erhaltung des Körpers und seines Kräftezustandes früher offenbar weit unterschätzt wurde.

Ein aber noch nicht oder zuwenig beachteter Faktor für die allgemeine Abmagerung ist die jetzt Jahr und Tag beobachtete Art und Weise, wie der einzelne gezwungen ist, seine tägliche Nahrung zu erlangen, und welche die Form des längst entbrannten geglaubten Kampfes aus Dasein in seiner grellsten unerbittlichsten Form angenommen hat, ein oft tückisches mit allen Mitteln der List und Verschlagenheit, mit Kraftaufwand und Ausdauer verbundenes Ringen um den notwendigen Nahrungsbedarf, wie einst in Urzeiten. Das erklärt physiologisch die ungeheure Gewichtsabnahme, selbst bei sonst gar nicht in ungünstigen Nahrungsaufnahme, auf verschiedenen Wege.

Wenn das Raubtier der Wälder, Fuchs, Wolf, Bär, in der Suche seine Lagerstätte verläßt, so beginnt auch jetzt sein Streifen und Trachten nach Beschaffung der Nahrung für sich und seine Jungen. Wir nennen das trefflich begriffsmäßig. Die Ausübung alles Denkens und Erlernens mit materiellem Zielen. Diese Sorge, verbunden mit dem Gefühlen der Jagd, treibt das Jagdtier nicht nur begleitet es zeit seines Lebens. Ein Hasse Tier aber legt sein überflüssiges Fett an und wird nicht alt. Der Sinne der Wildnis wird höchstens 20 bis 30 Jahre alt, in der Gefangenschaft, wo die Nahrungssorge ihm benommen ist, erreichen er 60 bis 70 Jahre. Das Zuchtvieh in Haus und Hof des Landmanns, das sein tägliches Futter hingeschüttet bekommt, wird behäbig und fett, in und mein phlegmatisch. Auch die Tummelplätze, die von Jagd und Flüchtung leben, jagen nicht an und fliehen schnell und bogen: Sonder und Zahmen. Der Kulturmensch nur dem Bestreben aber glich dem Kulturtier im Stalle. Sorge um das Erjagen und Finden der Nahrung gab es nicht. Die Sorgen lagen anderswo. So trägt er wie jenes Fleisch und Fett an.

Jetzt beginnt, wie beim Raubtier, für die Familie der Tag mit der Sorge und dem Nachdenken, was werden wir heute essen und trinken, denn auch die letztere Sorge ist oder geworden. Wer fühlen und verschwendet ist, wie Hunde und Hamster, nicht eine Sorgen in diesem Kampfe. Diese tägliche Sorge im ernsten Kampf ums Dasein, das Hinschwinden von Entmutigungen, die sich durch einen nicht im entscheidenden Jahre fordern lassen, macht uns zum Jagdtiere der Urzeit, läßt uns nicht gewachsen, macht die Nerven mürbe. Eine Gewöhnung dagegen ist ausgeschlossen. Jeder Tag wird uns seiner Sorgen, vielleicht auch er uns nicht. Diese Beobachtung bestätigen können. —

— **Petroleum.** Die Marken 1 und 2 der hellroten Petroleumkarten treten am 5. Oktober in Kraft und am 31. Oktober außer Kraft. Auf die Marken 1 und 2 der hellroten Petroleumkarten darf je ½ Liter Petroleum aus den dazu bestimmten Sammelbehältern, welche außer der Geschäftsstelle über keine andere Beleuchtung verfügen, in derjenigen Verkaufsstellen entnommen werden, in welchen sie in die amtlichen Kundenlisten eingetragen sind. —

— **Die Sondervorstellung im Stadttheater,** die auf Veranlassung des Arbeiter-Bildungsausschusses am Sonntag den 7. Oktober, nachmittags 3 Uhr, stattfindet, bringt zwei Stücke. Das erste, die zweiaktige Komödie von Björnstjerne Björnson, dem großen nordischen Dichter, Die Neuvermählten, gewährt uns einen Blick in eine junge Ehe, wie sie zuweilen in den Kreisen der obern Zehntausend vorkommen. Der künstlerische Aufbau der „Neuvermählten", besonders die seelische Durchführung der Gestalten ist ausgezeichnet.

Der zerbrochene Krug von Heinrich Kleist führt uns im Gegensatz zu dem ersten Stück in das Volksleben, in das Dorfleben ein. Heinrich von Kleist war ein märkischer Junker, der allerdings geistig in einer ganz andern Welt lebte als diese und gerade deshalb von seiner eignen Klasse so wenig geachtet und unterstützt wurde. Dieser durchaus schwermütige Mensch hat der deutschen Literatur eins der besten, wenn nicht das beste Lustspiel geschenkt. Der Dorfrichter Adam stellt einem jungen Mädchen nach, sucht sie nachts in ihrer Kammer auf und zerbricht, da er vor dem Verlobten der Eva fliehen muß, einen Krug. Zur Erlangung des entstandenen Schadens klagt die Mutter der Eva vor dem Dorfrichter. Alle diese Dinge wird man aber erst während der Verhandlung vor dem Dorfrichter gewahr, der sich immer tiefer in ein Netz von Lügen verwickelt, bis er endlich als der Schuldige feststeht. Das Ganze ist mit einer solchen Feinheit und ohne jede Bitterkeit durchgeführt, daß man nur noch wenige Lustspiele neben dem „Zerbrochenen Krug" nennen kann. Zum Beispiel Lessings „Minna von Barnhelm". Das eine möchten wir besonders betonen: Wer den Feinheiten dieses Werkes folgen will, muß der Handlung von vornherein aufmerksam folgen, da sich vor dem Hörer erst die Wahrheit aus einem dicken Knäuel von Verwirrungen herausschält. Für diese Aufmerksamkeit wird der Hörer aber auch mit um so größerem Genuß belohnt. —

— **Zur Wildversorgung** bringt der Magistrat eine umfangreiche Regierungsverordnung für Preußen zur Kenntnis und teilt im Anschluß daran besondere Bestimmungen für Magdeburg mit. Nach der Regierungsverordnung ist der 3 Stück Schalenwild (Rot-, Dam-, Schwarz- und Rehwild) überschreitende Teil einer Jagdstrecke zur einen Hälfte zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs an Wildbret in der Umgebung des Jagdortes, zur andern zur Ablieferung an die Abnahmestelle bestimmt. Bei Niederwildjagdstrecken (Hasen, Kaninchen, Fasanen) findet grundsätzlich eine Dreiteilung mit der Maßgabe statt, daß ein Drittel, mindestens aber 10 Stück, dem Jagdberechtigten zur freien Verfügung verbleibt. Der Rest ist je zur Hälfte zur Befriedigung des örtlichen Bedarfs und zur Ablieferung an die Abnahmestelle bestimmt. Für Magdeburg ist eine Kreiswildstelle eingerichtet, außerdem eine Wildabnahmestelle. An die Wildabnahmestelle ist Wild aus Jagden im Stadtbezirk abzuliefern, über die Einfuhr von Wild aus andern Bezirken sind Kontrollvorschriften erlassen (Anmeldepflicht beim Lebensmittelamt). Die Abgabe von Hasen, Kaninchen und Fasanen ist zunächst unbeschränkt; es gibt keine Verteilung, Schalwild darf nur gegen Fleischmarken abgegeben werden. Große Bedeutung wird aber die ganze neue Wildversorgung nicht bekommen, denn Wild erhalten doch nur Begünstigte, daran ändern die neuen Bestimmungen gar nichts. —

— **Ueber Wohnungsanmeldung** tritt am 10. Oktober eine Polizeiverordnung in Kraft, die folgendes bestimmt: Jeder Eigentümer oder Nießbraucher eines Gebäudes oder deren Vertreter ist verpflichtet, Wohnungen und gewerbliche Räume, die durch Kündigung, anderweitige Aufhebung eines Mietverhältnisses oder auf sonstige Weise vermietbar geworden sind, sowie zum Vermieten bestimmte Wohnungen und gewerbliche Räume in Neubauten binnen 3 Tagen nach erfolgter Vermietbarkeit den städtischen Wohnungsnachweis oder bei den städtischen Verwaltungsstellen mittels des vorgeschriebenen Vordrucks anzumelden. Die Anzeige darf nur dann unterbleiben, wenn die Räume dauernd unter Verzicht gesetzt werden sollen. Jede der bezeichneten Personen ist ferner verpflichtet, die erfolgte Vermietung einer Wohnung oder eines gewerblichen Raumes innerhalb 3 Tagen nach Abschluß des Mietvertrags durch Ausfüllung des vorgeschriebenen Vordrucks dem städtischen Wohnungsnachweis oder bei den städtischen Verwaltungsstellen anzuzeigen. Diese Vorschriften finden bei Vermietung von Schlafstellen und möblierten Zimmern sinngemäße Anwendung. Die An- und Abmeldung liegt in diesen Fällen dem Vermietern ob. —

— **Metallabgabe von Industrie, Gewerbe und Handel.** Die Handelskammer Magdeburg schreibt uns hierzu: Nachdem durch die Bekanntmachung vom 20. Juni 1917 alle Einrichtungsgegenstände, Geschäftseinrichtungen und Zubehörteile aus Fenster- und Schaufensterbekleidungen wie aus Kupfer und Kupferlegierungen — soweit sie nicht zur gewerbsmäßigen Verbreitung oder Verarbeitung dienen — beschlagnahmt worden sind und zunächst bei den hierfür bekanntgegebenen Sammelstellen der kommunalen Behörden freiwillig abgegeben werden können, herrscht es die gegenwärtige Metallage, daß die in allen Betrieben von Industrie, Handel und Gewerbe noch vorhandenen Metallbestände, welche von kommunalen Sammelstellen nicht angenommen werden können, dem Heeresbedarf angebend zugeführt werden. Soweit hierfür beschlagnahmt sind, ist dem Vernehmen nach mit ihrer baldigen Enteignung zu rechnen. Aber auch die bisher beschlagnahmfreien Metallvorräte dürften voraussichtlich demnächst erfaßt werden. Auf Anregung der zuständigen Stellen ist für unsern Bezirk eine Begutachtungsstelle errichtet worden, welche einmmmehr die Abgabe der gesamten Metallvorräte an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft vermittelt und die Firmen bei allen einschlägigen Fragen sowie bei den Preisverhandlungen in unentgeltlicher Weise beraten muß. Es ist dies die Sammelstelle für freiwillige Sammelabgabe in Handelskammergebäude Magdeburg, Kolkstraße 2.

— **Verdunkelung.** Nach der lang andauernden Periode sommerlicher Hitze gab es am Mittwoch abend zwischen 6 und 7 Uhr ein heftiges, zum Teil Wolkenbruch ähnliches Gewitter. Für unsre dunkle Stadt wurden die zuckenden Blitze als eine Art Beleuchtungsersatz in Kauf genommen. Tragischerweise Spaziergänger suchten sich während und am Schlusse des Gewitters in den Eisenbahnunterführungen ab. Wie immer bei solchen Gelegenheiten hatte sich in der bekannten Senkung der Straße im Hinter Zoll eine Art von See gebildet, da die Kanäle die zuströmenden Wassermassen nicht zu bewältigen vermochten. In der herrschenden Dunkelheit merkten die Passanten diese Wasseransammlung erst dann, wenn sie mit dem zumeist defekten Schuhzeug mitten drin standen. Darum gab's ein Gelle, das aber nicht verhinderte, daß mehr dasselbe Mißgeschick hatten. In einer Reihe von Straßen in der Nordfront war es nicht ganz so schlimm, aber doch ähnlich. Hier waren es die Ansammlungen von Unrat, die die Zugänge zu den Kanälen verstopften. Also auch hier gab es für Fußgänger unangenehme Ueberraschungen. —

✕ **Ein jugendlicher Dieb.** Am 2. d. M., vormittags gegen 11 Uhr, ist im Hause gegenüber der Großen Diesdorfer Straße ein Zimmer durch Aufbruch von einem jugendlichen Diebe vollständig entleert und seine Kleidung, bestehend aus einem graukarierten Anzug und einem „L. K." gezeichneten Hemd gestohlen worden. —

— **Keine Zeitungskalender mehr!** Amtlich teilt W. T. B. mit: Durch Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. September 1917 ist das Bezugs- und Verbrauchsrecht von maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 in der gleichen Höhe wie bisher festgesetzt worden. Gleichzeitig ist im Interesse der Ersparnis an Papier die Beifügung von Fahrplänen, Kursbüchern und Kalendern jeder Art zu Zeitungen und Zeitschriften jeder Art verboten und angeordnet worden, daß Extrablätter nur in einer bestimmten Größe herausgegeben werden dürfen. —

— **Die Goldankaufsstelle** schreibt uns: Die Goldankaufswoche ist mit schönem Erfolg vorübergegangen. Aber nun soll der Goldstrom nicht versiegen, sondern kräftig weiter fließen. Dringend notwendig ist es, daß immer erneut Gold der Reichsbank zugeführt wird, denn für das neutrale Ausland brauchen wir Gold, um notwendige Einkäufe machen zu können, ohne daß unser Goldschatz im Tresor der Reichsbank abnimmt. Darum weiter fortgefahren in der Mobilmachung des Goldes und nicht erlahmen, immer wichtiger und notwendiger unser Ruf: Alles Gold den Goldankaufsstellen! —

— **Kohlennot und Stadtverordneten-Sitzungen.** Die Kohlennot hat in Königsberg dazu geführt, daß der Vorstand des Stadtverordnetenkollegiums und die Ausschußvorsitzenden eine Aenderung der Geschäftsordnung des Kollegiums vorschlagen. Danach sollen die Sitzungen nicht länger als zwei Stunden dauern und am Mittwoch von 2 bis 4 Uhr abgehalten werden. Die Rededauer soll mit Ausnahme der Berichterstatter auf nur 3 Minuten beschränkt werden. Die Sitzungen der Ausschüsse sollen in der Regel am Sonntag von 11½ Uhr vormittags an stattfinden. —

✕ **Gestohlen** wurden am 2. d. M. vormittags aus einer Wohnung in der Franckestraße aus einem Koffer 212 Mark in Scheinen (Dieb ist der Arbeiter Hans Heinzmann, am 6. September 1895 zu Hamburg geboren, der dort wohnte und flüchtig geworden ist); nachmittags aus einer Wohnung in der Wittenberger Straße ein hellbrauner Sommerüberzieher, zwei Jackettanzüge, eine braunlederne Reisetasche, ein schwarzes Opernglas und ein feldgrauer Uniformmantel des Fußartillerie-Regiments Nr. 4; am 3. nachmittags in der Großen Junkerstraße ein Feder-Plattenwagen; aus einem Kontor in der Schönebecker Straße eine Damenjacke aus blauem Cheviot und ein grauer Sweater, der an den Aermeln und am Halsloch mit grünen Streifen besetzt ist; in der Nacht zum 4. aus einem verschlossenen Stall einer Gartenparzelle am Buckauer Schanzenweg dreizehn Kaninchen. —

Theater, Konzerte 2c.

Mitteilungen der Direktionen.

Stadttheater. Heute Freitag: „Der Widerspenstigen Zähmung". Sonnabend: „Weh' dem, der lügt!". Sonntag nachmittag: Sondervorstellung des Arbeiter-Bildungsausschusses. Kartenverkauf findet nicht statt. Abends: „Lohengrin". —

Zentraltheater. „Die Rose von Stambul" erlebte ihre Berliner Erstaufführung am vergangenen Sonntag im Metropoltheater mit stürmischem Erfolg, der dem Werke auch hier nach wie vor beschieden ist. —

Städtisches Orchester. Mittwoch, 10. Oktober, Theaterkonzert i. H. Leitung städtischer Kapellmeister Dr. Nabl. Solistin Julia Culp (Altistin). Brahms Sinf. I. Oeffentl. Hauptprobe vorm. 11 Uhr. Karten bei Heinrichshofen.

Kleine Chronik.

Tokio durch einen Taifun zerstört.

Ein Taifun von nie dagewesener Stärke hat Tokio Montag am frühen Morgen verheert. Hunderttausend Menschen sind obdachlos. Hunderte wurden getötet, verletzt und werden vermißt. — Die japanische Hauptstadt Tokio des Mikadoreichs, am nordwestlichen Ende der seichten Tokiobucht gelegen, hat weit über zwei Millionen Einwohner. Die Stadt, die eine für europäische Begriffe ungeheure, zum großen Teile nicht bebaute und mit Park- und Gartenanlagen bedeckte Fläche einnimmt — sie erstreckt sich 10,4 Kilometer von Osten nach Westen und 8,6 Kilometer von Norden nach Süden — wird durch den Sumidagawafluß in einen kleinen östlichen und einen größeren westlichen Teil geschieden. Die Stadt besteht heute noch zum größten Teil aus leichten Holzbauten. —

Großfeuer in Wurzen.

Ein Großfeuer äscherte die Bäckereiabteilung und die Grauenmühle der Wurzener Kunstmühlenwerke und Biskuitfabriken in Wurzen ein. Der Betrieb wird in einer Filialmühle aufrechterhalten. —

Die Villenbesitzerin auf Raubzügen.

Aus Dresden wird geschrieben: In den letzten Monaten hatten sich im Umkreis von Pirna Einbruchsdiebstähle in großem Maßstab gehäuft. Ein mysteriöser Räuber mit einer schwarzen Maske machte die Gegend unsicher und erbeutete u. a. bei einer Holzhändlerswitwe, in deren Wohnung er einbrach und die er mit dem Revolver bedrohte, 8000 Mark. In kurzen Abständen ausgeführte Einbrüche brachten ihm bald 3500 Mark in barem Gelde, bald Wertpapiere in Höhe von über 10 000 Mark ein. Ein großes Polizeiaufgebot fahndete längere Zeit vergeblich nach dem Verbrecher, bis in diesen Tagen die dunkle Angelegenheit eine sensationelle Wendung nahm. Der Verdacht, mit den Einbrüchen im Zusammenhang zu stehen, hatte sich auf die Gattin eines als Offizier im Felde stehenden Sägewerkbesitzers gelenkt. Eine Haussuchung in der Villa der reichen Frau förderte denn auch umfangreiches Beweismaterial zutage. Die Frau hatte in der Abwesenheit ihres Mannes mit einem 20 Jahre alten Gehilfen ein Verhältnis angeknüpft und diesen verleitet, die Raubzüge und Einbrüche auszuführen. Der junge Mann, der nach seiner Verhaftung angab, unter dem hypnotischen Einfluß der Frau gestanden zu haben, mußte sich das Gelübde schwören, um bei seinen Verbrechen unerkannt zu bleiben. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 3. Oktober. Todesfälle: Witwe Mathilde Schnitzer geb. Hornisch, 86 J. 2 M. 16 T. Franziska Voigt, ledig, 70 J. 7 M. 2 T. Theaterlogenschließer Hermann Mager, 70 J. 1 M. 22 T. Arbeiterin Ida Voltmann, 23 J. 1 M. 12 T. Ilse, T. des Kaufmanns Walter Schröder, 15 J. 2 M. 13 T.

Sudenburg, 2. Oktober. Todesfälle: Musketier Postaushelfer Walter Wißgner, 19 J. 8 M. 24 T. Maschinistenmaat Dreher Walter Fölsner, 22 J. 7 M. 14 T. Musketier Gelbgießer Wilhelm Jäger, 21 J. 2 M. 25 T. Landwirt Wilhelm Lorenz aus Paplitz, 66 J. 4 M. 17 T.

Buckau, 3. Oktober. Todesfälle: Arbeiterwitwe Auguste Lange geb. Suhrie, 71 J. 10 M. 26 T. Kurt, S. des Arbeiters Friedrich Tucken, 4 J. 27 T.

Magdeburg-Südost, 3. Oktober. Todesfälle: Arbeiter Martin Bont, 79 J. Edith Emilie Else, T. des Zimmermanns Wilhelm Melcher, 2 J. Elfriede, T. des Formers Oskar Bär, 6 J. Luise geb. Schall, Ehefrau des Bäckermeisters Karl Mäusch, 38 J. Ersatzreserve Schneider Franz Bednarz, 20 J. Elfriede Else, T. des Eisenbahnmaschinenschlossers Albert Jenrich, 7 J. Lagerhalter Karl Hartje, 50 J. Dorothee geb. Schäfer, Ehefrau des Zimmermanns Friedrich Koch, 67 J. Schiffbauer August Wenzel, 70 J. Putzer Johann Friedrich August Burdack, 50 J. Witwe Elisabeth Schulze geb. Heine, 73 J. Arbeiter-Invalide Johann Arndt, 84 J. Witwe Karoline Luise Priesnitz geb. [illegible] J.

Provinz und Umgegend.

Verkauf dienstunbrauchbarer Militärpferde und Ausleihen von Militärpferden.

Auf Grund der zahlreich einlaufenden Anträge auf Ueberlassung von Militärpferden gibt das stellvertretende Generalkommando des 4. Armeekorps folgendes bekannt: Die unmittelbare käufliche Abgabe von dienstunbrauchbaren Militärpferden seitens der Truppenteile ist grundsätzlich ausgeschlossen. Sämtliche für den Militärdienst unbrauchbaren Pferde müssen bestimmungsgemäß den Landwirtschaftskammern zum Verkauf überwiesen werden. Anträge auf käufliche Ueberlassung solcher Pferde sind daher nur an die zuständigen Landwirtschaftskammern zu richten. Berücksichtigung können jedoch in erster Linie nur solche Pferdehalter finden, die unverschuldet in Not geraten und nicht in der Lage sind, sich im freien Handel die erforderlichen Spannkräfte zu beschaffen. Gesuche wegen leihweiser Ueberlassung von Militärpferden sind durch Vermittlung der zuständigen Zivilbehörde (Landrat, Kreisdirektion, Magistrat), woselbst auch die Leihbedingungen eingesehen werden können, unmittelbar an den nächstgelegenen, berittenen Ersatztruppenteil zu richten. Anträge in diesen Angelegenheiten an das stellvertretende Generalkommando haben nur Verzögerung der Erledigung zur Folge. —

Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben, 4. Oktober. (Den Kreisverband bestohlen.) Der Arbeiter Karl Bierschenk und die verehelichte Marie Holle von hier verübten in der Nacht zum 30. März dieses Jahres gemeinschaftlich in dem Speicher des Kaufmanns Schernikau einen Einbruchsdiebstahl. Sie erbeuteten Lebensmittel und andre Waren, die dem Kreisverband gehörten, im Werte von 300 Mark. Das Landgericht Magdeburg verurteilte Bierschenk wegen schweren Diebstahls zusätzlich zu 1 Jahr, Frau Holle wegen schweren Rückfalldiebstahls zu 2 Jahren Gefängnis.

Wahlkreis Kalbe-Aschersleben.

Kreissekretariat.

Die Parteigenossen wollen davon Notiz nehmen, daß der Kreisvorstand zum Zwecke der Ersparnis an Beleuchtung und Heizung die Geschäftszeit für das Kreissekretariat auf die Stunden von 8 bis 12 und 1 bis 5 Uhr festgesetzt hat.

Mit Parteigruß Wizorowski.

*

Quedlinburg, 4. Oktober. (Milchpreise.) Für den Landkreis Quedlinburg sind folgende Kleinhandelspreise für Milch festgesetzt: für Vollmilch 1 Liter 38 Pfg., für Magermilch 18 Pfg. —

Staßfurt, 4. Oktober. (Die Kartoffellisten) sind bis zum 15. Oktober beim Magistrat einzureichen. Zu ihrer Führung ist jeder Kartoffelanbauer verpflichtet. Er hat das Gewicht der geernteten Kartoffeln täglich festzustellen und in die Liste einzutragen, dasselbe auch zu tun mit den eingelagerten oder eingemieteten Kartoffeln. —

— (Aufhören der Paketbestellung?) Vermutlich wird auch hier, wie bereits an andern Orten, die Post das Bestellen der Pakete einstellen. Dann tritt der frühere Zustand — es ist allerdings schon lange her — wieder ein, daß der Briefträger die Paketadresse bringt und man sich sein Paket selbst abholt. Dann wird der Andrang am Paketschalter, wo natürlich andre Einrichtungen getroffen werden müssen, wohl noch beängstigender werden, als er es jetzt schon ist. —

Staßfurt, 3. Oktober. (Die Deutsche Vaterlandspartei) findet hier bereits begeisterte Anhänger, die sich nach Kräften bemühen, ihr auch in unserm Orte weiteste Verbreitung zu schaffen. Hindenburgs 70. Geburtstag mußte dazu herhalten, um am Sonntag für die neue Gründung Propaganda zu machen. Acht Herren hatten eine „vaterländische Volksversammlung" nach Remmings Saal einberufen, die auch von reichlich 200 Personen besucht war. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Dr. Reiß, der auch die Eröffnungsansprache über „Hindenbung und die Deutsche Vaterlandspartei" hielt, das eigentliche Referat über „Durch Kampf zum Frieden" lag in den Händen des Landtagsabgeordneten Boisly (Halberstadt). In den Reden des Abends ist mit keinem Worte von einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen oder vom Abrüsten gesprochen worden, allerdings auch nicht vom Gegenteil. Die Redner haben es vorzüglich verstanden, diese Klippe zu umschiffen und immer nur betont, daß Deutschland siegen müsse, da es im Fall einer Niederlage den schwersten politischen wie wirtschaftlichen Schaden leiden würde. Deshalb müsse alles darangesetzt werden, den Sieg zu erringen. Das ist eine Sache, die keineswegs streitig ist, und deshalb wäre weder die neue Parteigründung noch die öffentliche Versammlung nötig gewesen. Die Hauptfrage ist, was stellt man sich unter einem Siege vor. Allerdings eine Andeutung über das Aussehen des Sieges nach der Auffassung der Vaterlandspartei hat Herr Reiß gegeben. Er sagte nämlich: Wir wollen, was wir brauchen. Aber er erklärte nicht, was nach seiner Ansicht gebraucht wird. Diesen springenden Punkt der brennenden Frage hat er überhaupt nicht erwähnt, so daß ein nicht eingeweihter Hörer gar nicht auf die Vermutung kommen konnte, daß es das allerwichtigste ist, noch weniger darauf, daß die Vaterlandspartei eroberungslüstern ist. Auch von der Forderung der ungehinderten Entwicklungsfreiheit für Deutschland hat Herr Reiß gesprochen, aber wieder nicht gesagt, was er sich darunter denkt. Das auszusprechen, wäre um so notwendiger gewesen, als manche Leute unter der Entwicklungsfreiheit die Annexion von Belgien und wer weiß was noch begreifen. Nicht verschwiegen werden soll, daß Herr Reiß zum Schluß auch noch vom Verständigungsfrieden gesprochen hat! Aber wie?! Er hat dabei nur bewiesen, daß er den von der Allgemeinheit gebrauchten Worten einen völlig andern Sinn unterschiebt, um — nicht die Wahrheit sagen zu müssen. Wir möchten bezweifeln, daß die übrigen sieben Herren, die zu der Versammlung mit eingeladen haben, sich mit dieser Kasuistik einverstanden erklären. Uebrigens, um gerecht zu sein, auch Herr Boisly hatte gesagt: Nur durch Kampf können wir zu einem Frieden gelangen, der uns Sicherheit gegen eine Wiederholung des Krieges gibt. Das ist die Aufforderung zur Fortsetzung des mörderischen Gemetzels, bis alle Beteiligten völlig erschöpft am Boden liegen. Eine Anzahl Versammlungsbesucher erklärte durch Einzeichnen in die Liste den Beitritt zur Deutschen Vaterlandspartei. —

— (Kolossale Pachtpreise) werden trotz aller Warnungen immer noch erzielt. Das zeigte sich wieder bei der Verpachtung des alten Kirchhofs der Petrikirche in der Petrikirchstraße am Sonnabend, der in Parzellen von je ein zehntel Morgen Größe (bis auf zwei kleinere) auf 3 Jahre verpachtet wurdee. Obschon der Leiter der Verpachtung, Herr Voigt, mehrmals und eindringlich vor einem wilden Hinauftreiben der Pachtpreise warnte, wurde für die Normalparzellen von ein zehntel Morgen ein Durchschnittspreis von 28,08 Mark erzielt. Das in drei Fällen abgegebene Höchstgebot erreichte sogar 30,50 Mark. Der ganze Kirchhof von weniger als 1½ Morgen erbrachte 395,50 Mark an Pacht. Sollen die Gemüse- und Kartoffelpreise im Jahre 1920 wirklich noch so hoch sein, daß die Pächter mit diesen Pachtpreisen zurechtkommen können? Das wäre in der Tat schrecklich. —

Thale, 4. Oktober. (Die Kartoffelstelle) im „Reichskanzler" ist bis auf weiteres nur bis 12 Uhr mittags geöffnet. Der Verkehr findet statt: Für Händler von 8 bis 9 Uhr vormittags, für die übrige Bürgerschaft von 9 bis 12 Uhr vormittags. —

— (Brotkarten) werden regelmäßig Sonnabends in den Schulen ausgegeben; andernfalls wird der Zeitpunkt bekanntgemacht. Wer am Sonnabend durchaus nicht abholen kann, empfängt die Karten am Dienstag nachmittag von 3 bis 4 Uhr im Rektorzimmer, Uferstraße. Wer auch dann seine Karten aus irgendeinem Anlaß nicht erhalten hat, wende sich in den Sprechstunden des Rektors (vormittags um 10 und 11 Uhr), Uferstraße 14, an diesen. Es ist dringend erwünscht, daß alle Karten am Sonnabend zur angegebenen Zeit abgeholt werden. —

Wahlkreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 4. Oktober. (Städtischer Eierverkauf.) Am 4. d. M. und folgende Tage kommen in der Markthalle Eier zum Preise von 30 Pfg. für ein Stück zum Verkauf. Bezugsberechtigt sind die Haushaltungen mit den Nummern 1 bis 20000 der 11. Reihe, soweit sie noch nicht eingelöst sind. Auf jede Nummer entfällt ein Ei. Die Hühnerhalter sind zur Eierentnahme nicht berechtigt. —

— (Grudekoks.) Koksabgabe erfolgt für die Kohlenmarkenreihen 9 bis 10 Buchstaben A und B in den Kohlenhandlungen von Mehns, Niehoff, Schütze und Tietz. Die Kohlenmarkenreihen 7 bis 8 Buchstaben N bis R verlieren mit Ablauf des 5. Oktober ihre Gültigkeit. —

— (Für den Verkauf von Südfruchtmarmelade) gilt vom 5. Oktober an die Lebensmittelmarke Nr. 162. —

— (Zuckermarken,) die vom 1. November an Gültigkeit haben, kommen am 4. und 5. Oktober gegen Vorlegung des Lebensmittelstammscheins an den bekannten Stellen zur Ausgabe. —

— (Zwei Strohdiemen abgebrannt.) Ein 14jähriger Knabe hat an der Huy-Chaussee am Dienstag beim Spielen mit Streichhölzern ein Bund Stroh angesteckt und verursachte dadurch, daß zwei dort befindliche Strohdiemen im Werte von 8000 Mark abbrannten. —

— (Beschlagnahmte Ferkel.) Auf dem Jahrmarkt wurden 48 Ferkel von der Polizei beschlagnahmt und verkauft. Die Besitzer der Ferkel, zwei Händler, hatten für die Ferkel pro Stück 60 Mark gefordert, obwohl der Höchstpreis für 30 Pfund schwere Ferkel — nur solche durften verkauft werden — pro Pfund 1,50 Mark beträgt. —

Oschersleben, 4. Oktober. (Kartoffelversorgung.) Diejenigen Haushaltungen, die sich mit Kartoffeln für das Wirtschaftsjahr 1917/18 nicht haben eindecken können und die durch den Magistrat versorgt sein wollen, haben sich umgehend von dem Bevollmächtigten, Stadtverordneten Eckler, einen Bezugsschein ausstellen zu lassen. Der Bezugsschein ist bei dem Kartoffelerzeuger abzugeben, bei welchem der Haushaltungsvorstand die Kartoffeln zu kaufen wünscht. Um die durch die Zuweisung von Kartoffeln entstehenden Unkosten zu decken, sind bei Ausstellung des Bezugsscheins pro Zentner 30 Pfennig an die Stadtkasse, zu Händen des Herrn Eckler, zu zahlen. Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Bezugsscheine sorgfältig aufzubewahren, um später den Nachweis führen zu können, an wen der Ueberschuß an Kartoffeln abgegeben worden ist. — Die Gebühr von 30 Pfg. für den Zentner ist recht hoch und verteuert die ohnehin nicht billigen Kartoffeln. War das durchaus nicht zu umgehen? Wenn in Magdeburg und andern Orten nur 20 Pfg. Gebühr bei Ausstellung eines Bezugsscheins erhoben werden, muß das auch hier möglich sein; abgesehen davon, daß diese ganze Gebühren- und Prämienwirtschaft, die von der Reichskartoffelstelle eingeführt ist, nicht zu sein brauchte. —

— (Notgeld.) Auf Beschluß der Stadtverordneten wird weiteres Notgeld hergestellt, und zwar 40 000 10-Pfg.-Stücke und 5000 50-Pfg.-Stücke. Der Antrag des Magistrats, das Notgeld Oschersledens gegen das andrer Städte auszutauschen, wurde angenommen. —

— (Brot- und Mehlpreis.) Der Kreisausschuß hat für den Kreis Oschersleben mit Ausnahme der Stadt Oschersleben folgendes bestimmt: Der Preis für das 4-Pfund-Brot wird bis auf weiteres auf 83 Pfg. festgesetzt. Der Kleinhandelshöchstpreis für Brotgetreidemehl 95prozentiger Ausmahlung wird auf 28 Pfg. pro Pfund und der Kleinhandelshöchstpreis 75prozentiger Ausmahlung auf 30 Pf. festgesetzt.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 4. Oktober. (Der Kriegsausschuß für Konsumenten-Interessen) hielt eine Sitzung ab, in der zur Leitung der provisorische Vorstand endgültig gewählt wurde. In der Kohlenfrage wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, erneut Höchstpreise für Kohlen festzusetzen und dafür zu sorgen, daß den Familien, die noch keine Kohlen haben, schnellstens wenigstens 5 Zentner geliefert werden. Die erneute Festsetzung von Höchstpreisen ist notwendig, da von den Händlern für Brikette 1,90 bis 2,10 Mark für den Zentner gefordert werden. Ferner soll Aufklärung in der Grudekoks- und Holzfrage gegeben, eventuell sollen auch Karten und Höchstpreise eingeführt werden. Um Beschwerden der Konsumenten entgegenzunehmen, wurden Beschwerdestellen eingerichtet bei Arnold, Bismarckstraße (Konsumverein), Prehm, Weberstraße 39, Wöllner, Röxer Straße 56. —

— (Anmeldung zur Landsturmrolle.) Alle hier wohnhaften Personen, die in der Zeit vom 1. September bis 30. September 1900 geboren sind, müssen sich sofort im Zimmer 5 des Rathauses zur Landsturmrolle anmelden. Die an andern Orten gebornen Meldepflichtigen müssen den standesamtlichen Geburtsschein vorlegen. —

— (Kinderhort.) Da viele Mütter durch den Krieg gezwungen sind, auf Arbeit zu gehen, so mußten sie bisher ihre schulpflichtigen Kinder sich selbst überlassen. Die kleinsten Kinder werden in der Krippe aufgenommen; für die 3—6jährigen ist die Kinderbewahranstalt ein Zufluchtsort. Für die schulpflichtigen Kinder wird nun ein Kinderhort eingerichtet. Für jedes Kind werden wöchentlich 10 Pfennig erhoben, dafür bekommen die Kinder Kaffee. Die Kinder werden bei ihren Schularbeiten beaufsichtigt und bleiben zusammen, bis die Mutter von der Arbeit zurückkehrt. Diese Einrichtung ist nur zu begrüßen, und ist den Müttern zu raten, die Anmeldung zum Kinderhort in der Volksküche, Frommhagenstraße, zu bewirken. —

— (Einbruch.) Die Firma Beinhoff u. Haschen ist, nachdem erst im Juni dort eingebrochen worden war, schon wieder in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch von Einbrechern heimgesucht. Die Täter verschafften sich durch Zerschneiden der Schaufensterscheibe Eingang zu den Verkaufsräumen. Web- und Seidenwaren im Werte von 2500 Mark hießen sie mitgehen. Die Täter, eine Frau und zwei Männer, konnten bald darauf festgenommen werden, als sie sich mit den gestohlenen Sachen nach Berlin begeben wollten. —

— (Zuckerkarten für den Landkreis.) Die vom Kreise ausgegebenen Zuckermarken und Bezugsscheine verlieren mit Ablauf des 31. Oktober ihre Gültigkeit. Es kommen die neuen einheitlichen Zuckerkarten an Stelle der bisherigen zur Ausgabe. Die Verbraucher müssen nach Empfang der Zuckermarken für November den Anhang spätestens bis zum 9. Oktober dem Kleinhändler übergeben, bei dem sie ihren Novemberbedarf an Zucker decken wollen. —

Tangermünde, 4. Oktober. (Vom Kartoffelverkauf.) In der letzten Stadtverordnetensitzung rief die Abrechnung über den vorjährigen städtischen Kartoffelverkauf eine ernste Aussprache hervor, bei der mit der bisherigen Handhabung des Verkaufs sowie mit der Preisfestsetzung für die diesjährige gute Ernte scharf ins Gericht gegangen wurde. Schließlich wurde aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, die von der Stadt zu liefernden Kartoffeln zum Einkaufspreis abzugeben, die Unkosten und Ausfälle auf die Stadtkasse zu übernehmen und aus den vorjährigen Ueberschüssen zu decken. — Danach scheint die Stadt beim Kartoffelverkauf im vergangenen Jahre ein gutes Geschäft gemacht zu haben. —

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 4. Oktober. (Wegen Unzuverlässigkeit) ist der Handel mit Zucker auf die Dauer von 6 Monaten den Kaufleuten Fr. Mühlmann aus Hottendorf, A. Köhn aus Schwiesau und G. Pakebusch aus Dannefeld untersagt worden. —

— (Eier-Verkaufsstellen) sind eingerichtet bei den Kaufleuten Günther, Kasernenstraße, Klein, Am Markt, Lüdecke, Sandstraße, Nordt, Bahnhofstraße, und Stiel, Magdeburger Straße. —

— (Versorgung mit Kartoffeln.) Der Magistrat fordert auf, sich für den Winter rechtzeitig mit Kartoffeln zu versorgen. Bei der Kartoffelversorgung durch den Magistrat können nur diejenigen berücksichtigt werden, denen die nötigen Geldmittel fehlen, sich den Wintervorrat zu kaufen. Nur solche Personen können daher ihren Bedarf binnen 8 Tagen im Zimmer Nr. 7 des Rathauses persönlich anmelden. —

Vereins-Kalender.

Lemsdorf. Männer-Turnverein. Am Sonnabend den 6. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung bei J. Cäsar. 795

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

					Wuchs	Fall
Mulde.						
Düben	3. Oktbr.	— 0,08	4. Oktbr.	— 0,01	—	0,07
Elbe.						
Pardubitz	2. Oktbr.	— 0,86	3. Oktbr.	— 0,76	—	0,10
Brandeis	„	— 0,36	„	— 0,39	0,03	—
Melnik	„	+ 0,22	„	+ 0,30	—	0,08
Leitmeritz	3. „	— 0,81	4. „	—	—	—
Aussig	„	—	„	—	—	—
Dresden	„	— 2,03	„	— 2,05	0,02	—
Torgau	„	— 0,32	„	— 0,33	0,01	—
Wittenberg	„	—	„	+ 0,84	—	—
Roßlau	„	+ 0,05	„	+ 0,03	0,02	—
Aken	2. „	+ 0,11	3. „	+ 0,10	0,01	—
Barby	3. „	+ 0,16	4. „	+ 0,18	—	0,02
Magdeburg	„	+ 0,27	„	+ 0,28	—	0,01
Tangermünde	„	+ 0,57	„	+ 0,57	—	—
Wittenberge	„	+ 0,20	„	+ 0,22	—	0,02
Lenzen	2. „	+ 0,33	3. „	+ 0,33	—	—
Dömitz	„	— 0,34	„	— 0,36	0,02	—
Darchau	„	— 0,35	„	— 0,31	—	0,02
Boizenburg	„	— 0,36	„	— 0,35	—	0,01
Hohnstorf	3. „	— 0,24	4. „	— 0,22	—	0,02

Wettervorhersage.

Freitag, 5. Oktober: Wechselnde Bewölkung, mild, zeitweise Regen.

Verkauf von Braunkohlen-Briketts
auf Bahnhof Sudenburg
Ausgabetor: Westendstraße
Einfahrt Torweg zwischen Helmstedter und Wolfenbüttler Straße
Von Anfang Oktober an geben wir, soweit Ladungen eintreffen, gegen Barzahlung und Abgabe der Kohlenkarten an die Haushaltungen der Stadt Magdeburg Briketts von 1 bis 15 Ztr. ab.
Für Fuhrwerk hat jeder selbst zu sorgen.
Brikett-Zentrale
Magdeburg
5737
Kontor: Neue Theaterstr. 2, I
Fernsprecher 607.

Näh-Ahle „Juwel"
D.R.G.M., Patente in Österreich, Ungarn, Schweiz und Spanien.
Das unübertrefflichste Werkzeug für Jedermann!

Die große Erfindung, um mit der Hand sofort selbständig, fast mühelos zu reparieren: Schuhe, Geschirre, Sättel, Segel, Zelte, Treibriemen, Fahrradmäntel usw.
Juwel näht Steppstiche wie eine Nähmaschine. Ständig viele Anerkennungen.
Preis per Stück mit verschiedenen Nadeln und Spule mit Faden:
Mk. 3.80
unter Nachnahme. Porto und Verpackung frei.
Man beachte:
„Juwel" ist Originalfabrikat aus Metall, die Spule im Heft gibt beim Nähen den Faden ab wie eine Nähmaschine.
„Juwel" hat so viel Vorzüge, daß alle Nachahmungen fast wertlos erscheinen!
General-Vertrieb
O. Schmid, München 34
Schwanthalerstraße 75

Alkoholfreier Punsch ohne Fl. pro Liter 2.25
Schillers Weinhandlung Große Münzstraße 11 und Neue Neustadt, „Bürgerhof".

Gänse
geschlachtete, kommen morgen früh
Alte Ulrichstr. 7
zum Verkauf.
Kobelt u. Weinberg

Kammer-Lichtspiele

Ab heute: Das neue, große Ereignis!

Der Meisterfilm des unvergeßlichen beliebten Künstlers
Valdemar Psilander.

Die Schlacht an der Aisne

Der Höllenkampf unsrer Heldenschar.

Eine geschichtliche Darlegung dieser unvergleichlichen schweren Kämpfe.

Panorama

Neu! Neu!

Viggo Larsen
in
Frank Hansens Glück

Drama in 3 Akten.
Ein erschütterndes Drama, welches in Mexiko spielt, in welchem

Viggo Larsen

die Type eines Goldgräbers glänzend darstellt.

Lores Geburtstag

Lustspiel in 2 Akten.

Ab Montag:

Valdemar Psilander
in
Der tanzende Tor

Tonbild-Theater

Ab heute bis einschl. Sonntag

Henny Porten

in dem spannenden, ergreifenden Drama in 4 Akten

Gefangene Seele

Der Riesenerfolg, den Henny Porten

in dieser aufregenden, spannenden Erzählung erzielt, ist ihrer großen, unnachahmlichen Kunst der Darstellung zuzuschreiben.

Verflixte Liebe

Lustspiel in 3 Akten mit
Anna Müller-Lincke
in der Hauptrolle

Weiße Wand u. Colosseum

Eine neue große Sensation!

Opfer der Leidenschaft

Ein spannendes, ergreifendes Drama in 4 Akten.
In der Hauptrolle:
Resel Opla.

Benjamin, der Schüchterne

Lustspiel in 3 Akten von W. Karfiol mit
Senta Söneland und Ida Perry
in der Hauptrolle.

Kammer-Lichtspiele

Ab Montag bis einschl. Donnerstag
Gastspiel der Lichtspiel-Oper
mit der Lichtspiel-Oper

Vorverkauf ab Donnerstag an der Tageskasse.

Der Freischütz

Arbeitsmarkt

Zimmerleute
sucht Gustav Michaelis & Co., Zimmermeister, Adalbertstr. 8.

Schlosser für dauernde Beschäft. gesucht, auch Urlauber zur Aushilfe. Ernst Ebert, Sieverstorstraße 56. 99

Automatenmacher
sucht sofort. Fr. 1. Automat, Breiteweg 26, 5. L. Kontor.

Aufwartung für vormitt. oder jung. Mädchen f. ganz. Tag gesucht Eingemann, Gr. Diesdorf St. 21 I.

Aufwartung
für einen halben Tag sofort gesucht Ferch Werner, Kleinzigr. 7.

Arbeiterinnen
für dauernde Beschäftigung gesucht
Wesche & Co.
Schönstraße 14.

Ein jüng. Laufbursche
sucht Blanco-Handling K. Pjotrowski, Kaiserstr. 89.

Kräftige männliche Arbeitskräfte
sucht
Arbeitsausgleichstelle Magdeburg, G. m. b. H.
Zu melden vormittags von 9 bis 11 und nachmittags 3 bis 5 Uhr Moltkestraße 2. 55

Arbeiter
für dauernde Beschäftigung gesucht
Urlauber werden vorübergehend beschäftigt.
Wesche & Co.
Schönstraße 14.

Ein Kutscher
sofort gesucht. 62
Alb. Steffen, Fuhrgeschäft, Kleiner Stadtmarsch 6c.

Kranführer
für elektr. Kran, Kriegsbeschädigte nicht ausgeschlossen, sofort gesucht
Gebr. Koch
Zollstraße 5a.

Einige ältere Frauen
zum Sackspertieren werden gesucht
E. C. Helle Zuckerwarenfabrik, Halberstädter Straße 15.

Tüchtige Nietschlosser oder Nietschmiede
sucht Fenzel, Lüneburger Straße 33.

Zentrifugenarbeiter und Sackträger
werden eingestellt
E. C. Helle Zuckerwarenfabrik, Halberstädter Straße 15.

Maurer, Bau- und Erdarbeiter gesucht.
Gustav Stieger, Agnetenstrasse 11 12

Maurer und Bauarbeiter gesucht.
Paul Gergel, Kaiserstraße 25.

Kesselschmiede u. Preßluftnieter
stellt sofort ein
Monteur Heide
Lüttenwalde bei Merseburg.

Fast neues Federbett
zu verk. Näh. Kühlewinstr. 52 II r.

Rekruten
erfahren alles Wissenswerte über das Kaiserwalden aus dem vom Genossen A. Lembrecht verfaßten Buch
Der treue Kamerad
Ein Wegweiser durch das Kaiserwalden für Arbeiter.
Preis 80 Pfg.
Zu beziehen durch die Parteibuchhandlungen und deren Kolporteure.

Kasino-Theater
Große Junkerstraße 12
Ab 1. Oktober 73
Neues Programm.
Ia. Künstler.
Anfang 7 Uhr.

Tonbild Buckau.
Freitag bis Montag
Los vom Mann
Lustspiel in 3 Akten
m. d. beliebt. Künstlerpaar
Wanda Treumann und Viggo Larsen
u. a. m. 76

Angehörige von Kriegsteilnehmern
werden, soweit es Zeit zeichen ohne Schädigung und sonstige jedwede Schmerzbeseitigung bewirkt.
kostenlos
behandelt in der Zahnpraxis Kolkestraße 2, 1 Treppe.
9 bis 1 Uhr und 3 bis 7 Uhr.

Limonaden: Himbeer- Kirsch- Zitronen- Apfelsinen- Aroma.
Schillers Weinhandlung Große Münzstraße 11 und Neue Neustadt „Bürgerhof".

Hilfskomitee der österreichisch-ungarischen Kolonie zu Magdeburg.

9. Quittung.

Otto Schlag 20 Mark. Prof. Dr. Wintermitz, Halle 30 Mark. Karsten Gebhardt 10 Mark. Dr. Edgar Meier 10 Mark. Franz Friedrich Brauch 2 Mark. Alois Kodisch 50 Mark. Bernhard Klinger 20 Mark. Max Schäll 2 Mark. Friedrich Paul Schmidt 50 Mark. Magistrat Langenstein 20 Mark. Joh. Schönherr 50 Mark. Maximilian Rudolf Charis 30 Mark. Hermann Kreisel 9 Mark. Dr. von Wendelstadt 40 Mark. Eugen Lisell 10 Mark. L. Sterling (i. Fa. L. Sterling u. Ko.) 30 Mark. Dr. Emil Schmidt 2 Mark. Maschinenbau Halle a. d. S. 100 Mark. Magistrat der Stadt Zuhl 30 Mark. Wolf Seelenbrand 10 Mark. Direktor Gubler, Wien, 40 Mark. Bekanntmachungs-Amtsblatt von Kaiser Karl-Kochbrunnen-Kurort im Viktoria-Theater 100 Mark. Jung Emil 5 Mark. Gebrüder u. Kaufmann 20 Mark. Rudolf Stamm 5 Mark. Wolf Seelenbrand 10 Mark. Emil Fiel (i. Fa. Max Fiel) 50 Mark. Dr. jur. A. Gangan 30 Mark. Franz Tarcsay 5 Mark. Schlesinger Martin 10 Mark. Werner 10 Mark. Schlesinger Schulze 5 Mark. Herm. Jäneke 50 Mark. Die Dampfwäscherei in Magdeburg (i. Fa. Dannenreich u. Ko.) 50 Mk. Franz Wanek 50 Mark. Karl Winter 4 Mark. Hermann Bieber 40 Mark. Fabrik und Hans Otto Kunze 20 Mark. Magistrat der Stadt Bonn 125 Mark. Dannenreich u. Ko. 20 Mark. Dannenreich, Fischer u. Ko. G. m. b. H., Stettin, 30 Mark.

Bisher eingegangene Spenden 15722,09 Mark
dazu heute 1265,50
insgesamt 16985,59 Mark

Allen Spendern sprechen wir auch auf diesem Wege nochmals unseren herzlichsten Dank aus. Weitere Spenden, die zu einer Unterstützung bedürftiger Angehöriger zu den ehemaligen österreichisch-ungarischen Soldaten oder Gefallenen, seien sie nun Deutsch beziehende Oesterreicher und Ungarn Magdeburgs und der Provinz Sachsen verwendet werden, erbeten. 5841

Hilfskomitee der österreichisch-ungarischen Kolonie zu Magdeburg.
Karl Cordes, 1. Vorsitzender.
Ferdinand Weinmann, Schriftführer.

In letzter Zeit sind wiederum Störungen unserer Buchführungsleitung zusammengetroffen, wodurch Störungen in unserem Geschäftsbetrieb verursacht wurden. Wir sehen demgegenüber eine **Strafe Belohnung** zu, der uns den Täter ermöglicht.

Gladiator Fahr- und Kraftwerke A.-G. Stassfurt.

5779

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. 12. 1915 betreffend Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand verordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit:

§ 1.

Jede männliche und weibliche Person ist verpflichtet, auf Aufforderung der vom stellv. Generalkommando 4. A.-K. beauftragten Stellen im Bezirk ihrer Wohnsitz- oder Nachbargemeinde gegen den jeweils ortsüblichen Lohn ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeiten zu übernehmen, welche zur Verhütung oder Behebung von Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Verkehrs und der Volksversorgung, insbesondere zur Vermeidung von Verzögerungen bei der Be- und Entladung von Eisenbahnwagen oder bei der An- und Abfuhr von Eisenbahngütern und zur Beschleunigung des Wagenumlaufs notwendig werden.

Eigentümer und Halter von Gespannen und Wagen sind verpflichtet, diese auf Aufforderung der zuständigen Stelle gegen die jeweils ortsübliche Vergütung zu dem gleichen Zwecke zur Verfügung zu stellen. Auch eine Heranziehung an Sonn- und Feiertagen ist zulässig.

Für Bezirke, in denen auf behördliche Veranlassung eine Arbeitsausgleichstelle oder ein Fuhramt errichtet ist, gilt als ortsüblicher Lohn oder ortsübliche Vergütung der von diesen Stellen mit Genehmigung der Kriegsamtstelle festgesetzte Satz.

§ 2.

Zeugnisse von Kreis- oder andern beamteten Aerzten befreien, soweit sie die Unfähigkeit zu der aufgetragenen Arbeit bescheinigen, ohne weiteres von der Verpflichtung für Arbeitshilfe.

§ 3.

Gegen die Heranziehung zur Arbeit und gegen die Festsetzung der Entlohnung steht die Beschwerde in Landkreisen an den Landrat (Kreisdirektion), in Stadtkreisen an den Regierungspräsidenten offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Entscheidung der Beschwerdeinstanz ist endgültig.

§ 4.

Wer einer auf Grund des § 1 erlassenen Aufforderung ohne ausreichenden Grund nicht nachkommt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft.

§ 5.

Die Verordnung tritt am 10. Oktober 1917 in Kraft.

Magdeburg, den 28. September 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 3.

K188

Bekanntmachung.

Die Verordnung des stellvertretenden Kommandierenden Generals des IV. Armeekorps vom 16. Juni 1917 (IV E Nr. 2584/17) betreffend Verbot der Zertrümmerung von Gütern und sonstigen geschlossenen Grundstücksbestandteilen und des Verkaufs von landwirtschaftlichem Inventar erhält im § 3 als Absatz folgenden Zusatz:

„Für die unter der Leitung der Königlichen Generalkommission in Verfolgung im Wege der Rentengutsbildung erfolgenden Auflösungen von Gütern und geschlossenen Grundstücksbestandteilen und die Aufhebung der wirtschaftlichen Selbständigkeit gilt die Generalkommission als zuständige Behörde."

Magdeburg, den 22. September 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Landesfleischamts werden mit Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten unter Aufhebung der bisherigen Preise für Schlachtschafe mit Wirkung vom 15. Oktober d. J. ab folgende Höchstpreise für den Zentner Lebendgewicht an Stelle festgesetzt:

1. Vollfleischige Lämmer und Lammböcke ohne breite Zähne	100.00 Mark
2. Vollfleischige Hammel und ungekastrierte Schafe mit nicht mehr als 4 breiten Zähnen und Schafe mit nicht mehr als 2 breiten Zähnen	90.00 Mark
3. Gutgenährtes älteres Schafvieh	80.00 Mark
4. Gutgenährtes Schafvieh jedes Alters, auch Jungböcke	70.00 Mark
5. Mittelmäßiges, abgemagertes Schafvieh jedes Alters höchstens	50.00 Mark

Die Festsetzung des Lebendgewichts erfolgt am Standort der Tiere unter Abzug von 5 Prozent.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Preisbestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft (Reichsgesetzblatt 1915, S. 607, 728).

Magdeburg, den 2. Oktober 1917. 5836

Reichsfleisch-Verband Provinz Sachsen.
Der Verbandsvorstand. Kiesfeld, Oberregierungsrat.

ZENTRAL-THEATER
6¾: **Die Rose von Stambul.**
Sonntag 3½ und 6¾.

Stadt-Theater.
Freitag den 5. Oktober
2. Abend Weiße Karten
Der Widerspenstigen Zähmung.
Anfang 6½ Uhr Ende 10 Uhr
Sonnabend den 6. Oktober
Weh' dem, der lügt.

Stephanshallen
Direktion Rich. Froberz
Täglich abends 7 Uhr
Sonntags ab 3 Uhr nachm.
Glücksstern-Ensemble

Wilhelm-Theater.
Täglich 7 Uhr
Großer durchschlagender Erfolg!
Die tolle Komteß.
Sonntag nachmittag
Polenblut.

Fürstenhof-Theater
(Eingang Prälatenstraße)
Dir. Paula Müller-Lipart Wwe.
Heute Freitag 7½ Uhr
Zum erstenmal 73
Grifeldis
Spann. Schauesp. i. 5 A. n. d. bekannten Sächsisch-Thür. Hausfrauenkurzl. erschienen beliebt. u. in gleichnamig. Rom. v. Countess-Mahlm.
Alle Vorzugskarten gelten.

Walhalla THEATER
Heute Freitag 7½ Uhr
zum erstenmal
Ihre Familie
Volksstück m. Gesang i. 5 Akten von J. Stinde und G. Engels
Sonntag nachmittag 3 Uhr
Max und Moritz
Vorverkauf 11 bis 1 Uhr.